Hamburg, 22. Juli 1894. Nr. 29. 2. Jahrgang.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3099.

Herausgeber: B. Grosse in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 ₰,
Vergnügungs-Anzeigen 15 ₰, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittelungen 10 ₰ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Vergeßt die Streikenden und Gemaßregelten nicht!

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach **Bremen** (Schulze's Werkstätte), **Delmenhorst, Fürth, Laage i. M., Rabenau, Zürich, Bielitz-Biala;** von Bürstenmachern nach **Budapest.**

Orte, in denen Streiks oder Aussperrungen beendet oder ausgebrochen sind, wollen uns sofort davon in Kenntniß setzen.

Die Redaktion.

„Sächsisches."

II.

u. Noch ein Ruhmesblatt zum Kampfe gegen die Gewerkschaften sei hier verewigt, die systematische Ausweisung fremder, namentlich österreichischer Staatsangehöriger, die sich im Lohnkampfe irgendwie bemerkbar machen, sei es auch nur durch Betheiligung an Streiks oder an einem Boykott. Hier tritt das Wesen des Klassenstaates unverhüllt zu Tage; denjenigen fremden Arbeitern, welche der Lohndrückerei und der rücksichtslosen Konkurrenz in den eigenen Reihen entgegentreten, wird das internationale Gastrecht gekündigt, während fremde Lohndrücker und Streikbrecher, namentlich Böhmen, extra importirt werden und sich sogar eines besonderen polizeilichen Schutzes erfreuen. Ist es doch gerade in Dresden, Pirna, Meißen und anderen Elbstädten durch die umfangreiche Beschäftigung von Böhmen erschwert, die gewerkschaftliche Aktion in rechten Fluß zu bringen und viele Lohnbewegungen scheitern an dem Zuzug aus dem Grenzlande.

Waren die vorbesprochenen Thatsachen ihrer Natur nach eigentlich mehr interne sächsische Angelegenheiten, so haben die nachfolgenden in ganz Deutschland Aufsehen und berechtigte Entrüstung hervorgerufen. Hier nennen wir vorerst den Prozeß zur Flugblattverbreitung in Chemnitz, dessen Urtheil das Oberlandesgericht bestätigte. Mit Strafmandaten bedroht waren eine Anzahl Chemnitzer Genossen, die an einem Sonntage Wahlflugblätter und Stimmzettel verbreitet hatten, und zwar wegen Verletzung des sächsischen Gesetzes über die Sonntagsfeier. Zur gerichtlichen Entscheidung gebracht, konstatirte das Amtsgericht, es liege keine Verletzung des fraglichen Gesetzes, sondern vielmehr grober Unfug vor, welcher Auffassung sich auch das Schöffengericht anschloß. Das Landgericht dagegen stellte wiederum fest, daß hauptsächlich die Verbreitung während des Gottesdienstes den Unfugsbegriff formulire. Nun entschied das Oberlandesgericht am 18. Dezember 1893, daß nicht die Verbreitung während des Gottesdienstes grober Unfug sei, wohl aber der Charakter der Flugblätter und die Art und Weise ihrer Verbreitung, (ob wohl keinem der Gerichte diese Flugblätter vorgelegen haben!).

Der grobe Unfug wurde also erblickt in der Wirkung der sozialdemokratischen Agitation auf das Empfinden einzelner Personen. Schon vorher hatte das Leipziger Landgericht (14. September 1891) entschieden:

„Als groben Unfug sehe eine Strömung an nur physisch und sinnlich wahrnehmbare Handlungen, die das Publikum belästigten, während die andere Strömung aber alle Handlungen, die an sich ungehörig sind und das Publikum als solches in einzelnen Personen ungebührlich belästigen, darunter erblicke." (Das Gericht schloß sich der letzteren Auffassung an.)

Dieses Urtheil, auf obigen Thatbestand angewandt, würde also lauten: „Zur Feststellung des Begriffs des groben Unfugs genügt, daß ein Einzelner sich durch den Inhalt oder auch nur durch den Empfang eines sozialdemokratischen Wahlflugblattes belästigt fühlt." Da genügt es allerdings, daß zufällig irgend ein Beamter oder Hauspascha ein solches Blatt bekommt und sich über diese Agitation ärgert, um die Strafbarkeit zu begründen.

Wohin ein solches Urtheil, gegen eine Partei angewandt, führen muß, ist klar; die logische Folge ist, daß auch die Abgabe so und so vieler Stimmen für einen sozialdemokratischen Kandidaten, jede Kandidatenrede, ja daß schon die bloße Existenz der Sozialdemokratie, wie auch das Bekennen zu deren Prinzipien grober Unfug sein kann. Die staatsbürgerlichen Rechte werden annullirt, sobald irgend Einer, der sich besser dünkt, durch deren Ausübung belästigt fühlt. Die Preßfreiheit wird unter Strafe gestellt und aufgehoben, sobald Jemand, den die Sache als Privatperson garnichts angeht, sich in seinen Empfindungen verletzt fühlt.

Nun bestimmt aber § 43 der Gewerbeordnung:

„Zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubniß in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaktes nicht erforderlich.

Dasselbe gilt auch bez. der nichtgewerbsmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken."

Es ist also ausdrücklich die Verbreitung von Druckschriften für Wahlzwecke freigegeben. Umsomehr muß das Urtheil des Oberlandesgerichts Bedenken erregen, als bisher keiner Partei, selbst nicht der sich durch ihre Aergerniß erregende Agitation auszeichnenden antisemitischen und der deutschen Reformpartei in ihrer Wahlpropaganda solcherweise entgegengetreten wurde. Das Urtheil bezweckt lediglich die Lahmlegung der sozialistischen Propaganda. Selbst im Reichstage fanden sich aus allen Parteien Vertreter, welche dieses Vorgehen auf's Schärfste mißbilligten, ausgenommen natürlich Herr v. Stumm und der sächsische Antisemit Zimmermann. Sogar der Staatssekretär vom Reichs-Justizamt wagte nicht, dem sächsischen Oberlandesgericht auf diesem neuesten Interpretationswege zu folgen.

Einen gleichen Eindruck rief die Anwendung des sächsischen Vereinsgesetzes auf die Parteiorganisation der Sozialdemokratie hervor, und zwar waren es wiederum die Chemnitzer Behörden, die nach diesem neuen Lorbeer verlangten. Der Vertrauensmann der dortigen Parteigenossen wurde aufgefordert, innerhalb eines gewissen Zeitpunktes Statuten, Mitglieder- und Wohnungsverzeichniß einzureichen, da die Parteiorganisation, die lediglich auf freiwilliger Beisteuer beruht, als Verein im Sinne des § 19 des Vereins-Gesetzes anzusehen sei. Hergeleitet wurde diese Auffassung aus der Abhaltung von Versammlungen der Parteigenossen, aus den daselbst erfolgten Abrechnungen der Vertrauensmänner und aus der Erhebung einer Mitgliedsteuer. (!) Der gerichtliche Entscheid über diese Auffassung steht zur Zeit noch aus; dagegen werden daraufhin die Parteiversammlungen fast unmöglich gemacht. Noch weiter gingen einzelne Behörden, welche von den Vorständen sozialdemokratischer Vereine ein Verzeichniß der Arbeitgeber, welche Mitglieder beschäftigen, verlangten, wiewohl das Gesetz dafür nicht die geringste Handhabe bietet. Wozu, ist leicht zu errathen.

Nur noch einen Fall wollen wir diesem Kranze der Rechtspflege Sachsens hinzufügen, ein Fall, der einem sächsischen Amtshauptmann und zugleich der konservativen Partei ein Reichstagsmandat kostete, der Fall Polenz-Plauen. Der Amtshauptmann v. Polenz kandidirte als Vertreter der Konservativen Sachsens bei der 1893er Wahl im Wahlkreise Plauen. Anstatt nun den Gegnerparteien dieselbe Agitationsfreiheit zu gewähren, deren sich die Konservativen erfreuten, ließ derselbe durch einen seiner Unterbeamten die Verbreitung von Flugblättern verbieten und mehrere Verbreiter verhaften. Auf diese Weise seine Gegner mundtodt zu machen und sich das Mandat zu sichern, fand aber nicht den Beifall des deutschen Reichstags, der die Wahl des Abg. Polenz kassirte. Als der zu Unrecht gewählte Abgeordnete sah, daß Alles verloren war, wollte er sein Mandat in letzter Minute niederlegen; allein der Reichstag ging darauf nicht ein, sondern erklärte das Mandat einfach für ungültig. Die Neuwahl brachte denn auch die Volksmeinung zu ihrem Rechte, indem der Sozialdemokrat Gerisch aus der Wahl hervorging.

Auch zum Kapitel der Reichstagswahlbeschränkungen wurde in Sachsen Hervorragendes geleistet, so die Zurückweisung von Wählern, welche mit Steuern, Schulgeld, Hebammengebühren, Gerichtskosten oder Verpflegungskosten im Rückstande waren, sowie bei den Landtagswahlen die Ausschließung von wahlberechtigten Personen, die bei ihren Eltern 2c. in Kost und Logis wohnten. Da solche Beschränkungen aber vielerorts vorkommen und nicht spezifisch sächsische Eigenthümlichkeiten sind, so wollen wir mit kurzem Hinweis darüber hinweggehen.

Daß durch alle diese Manipulationen der Siegeslauf der Sozialdemokratie nicht aufgehalten werden kann, ist höchstens dem bornirtesten sächsischen Kartellbourgeois unerfindlich, das beweisen die 8 Reichstagsmandate und die 14 Landtagssitze, über welche die Sozialdemokratie in Sachsen verfügt, das beweisen fortgesetzt die Gemeinde- und die Gewerbegerichtswahlen und die stetige Zunahme der sozialistischen Stimmen.

Trotz der antisemitischen Fluthwelle, die sich besonders in Sachsen bemerkbar machte, ist der Besitzstand der Sozialdemokratie unverletzt. Den Verlust hatten lediglich die Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen zu tragen. Natürlich ist daher der Haß, dessen sich die Sozialisten gerade hier seitens der bürgerlichen Parteien erfreuen und der bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck kommt, so z. B. bei dem Ausschluß Liebknechts aus dem sächsischen Landtage, wie auch bei der Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags, welche bezweckte, die sozialistischen Abgeordneten von der Betheiligung an den Kommissionen auszuschließen, so bei der berüchtigten Gensdarmen-Petition. Die Krone dieses gemeinsamen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie bildet jedoch das neuerliche sächsische Kartell der Konservativen, Nationalliberalen, Reformer und der Freisinnigen, unterzeichnet von 61 Landtagsabgeordneten, welches gemeinsame Kandidaten der bürgerlichen Parteien befürwortete, um den Sozialisten die Mandate zu entreißen, — eine Wiederbelebung des 1887er Wahlkartells, das nur einmal seine Zug-

kraft bewährte, dann aber elendiglich verkrachte. Auch dieser parlamentarisch-politischen Mißgeburt sollte ein ähnliches Schicksal widerfahren. Schon bei der ersten Feuerprobe, die die Plauener Wahl bot, zerfiel es jämmerlich, da weder die Antisemiten, noch die Nationalliberalen auf eine Kandidatur ihrer Farbe Verzicht leisten wollten und schließlich auch der Freisinn mit einem eigenen Kandidaten heranrückte. Der Erfolg war vorauszusehen, daß drei Parteien gegen die Sozialdemokratie nichts auszurichten vermochten, welcher der Wahlkreis Plauen von Rechtes wegen auch zufiel.

Der Hohn über das sächsische Kartell mit drei Kandidaten ist natürlich allgemein und wohlverdient. Obgleich wir nicht daran zweifeln, daß gerade in Sachsen das Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien zuerst zur vollendeten Thatsache wird, da der sogenannte Freisinn hier an Rückgratslosigkeit und Servilismus seines Gleichen sucht und auch die geringen Reste der bürgerlichen Demokratie mit den Ordnungsparteien zusammenfallen, so zeigt sich doch die Sozialdemokratie schon jetzt der Situation gewachsen und sie wird trotz aller behördlichen Machinationen und gegnerischen Wuthausbrüche das Feld behaupten. Von den neun Wahlkreisen, die die Sozialdemokratie seit der vorigen Reichstagswahl eroberte, entfallen vier auf Sachsen, und ein Blick auf die vorjährigen Stichwahlen zeigt, wie reif eine weitere Reihe von Mandaten für sie sind.

Sachsen verdankt seine lebhafte Arbeiterbewegung sowohl der hochentwickelten Industrie, namentlich in der Textil-, Bergbau-, Eisen- und Holzwaarenbranche, als auch der Rücksichtslosigkeit der Behörden und der Bornirtheit der bürgerlichen Parteien. Diese Faktoren wirken für die Sozialdemokratie; dieser Tripelallianz kann sie getrost ihre weitere Zukunft überlassen. Schon jetzt richten sich Aller Augen auf das kleine Ländchen an der Elbe, den „Hort von Ordnung und Sitte", dessen machtausübende Faktoren es so schön verstanden haben, den sächsischen Namen zur Berühmtheit, besonders auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts und der Rechtspflege, gelangen zu lassen. Möge diese kleine Sammlung sächsischer Eigenthümlichkeiten dazu beitragen, diesen Ruhmeskranz in seiner vollen Bedeutung zu würdigen und für ewige Zeiten sicherzustellen.

Hie Gold, hie Silber, oder der Kampf um die Währungsfrage.

Volkswirthschaftliche Plaudereien von Brutus.

IV.

Nachdem wir in den früheren Artikeln die Gründe der „Gold-" und „Silberleute" kritisch beleuchtet haben, erübrigt es uns in unserem heutigen Schlußartikel, speziell auf das Verhältniß des Proletariats zur Währungsfrage einzugehen. Es scheint dies um so nothwendiger, als in weiteren Kreisen der Arbeiter ein Indifferentismus, eine Gleichgültigkeit in dieser Frage herrscht, welche unter Umständen verhängnißvolle Folgen haben kann. Ueberhaupt scheint es uns nothwendig, daß das Proletariat über seine fernen Ziele und seine radikalen Forderungen für eine Zukunftsgestaltung der Gesellschaft nicht das Näherliegende übersieht, sondern in den Tagesfragen eine bestimmte, scharf präzisirte Stellung einnimmt, ohne allerdings in einen schwächlichen Opportunismus und Possibilismus zu verfallen, d. h. ohne sich lediglich mit der Erreichung des Näherliegenden und in der heutigen Gesellschaft Erreichbaren zu begnügen. Gerade die Währungsfrage ist eine derjenigen Fragen, welche von dem Proletariat studirt werden muß, weil sie die ureigensten Lebensinteressen desselben berührt. Der Kampf um die Währung ist allerdings zunächst ein Kampf der kapitalistischen Interessenten untereinander, ein Zank im Lager der verschiedenen Ausbeutergruppen, die in puncto der Ausbeutung der Arbeiter doch sonst so einträchtiglich Hand in Hand arbeiten, aber es kann auch dem Arbeiter nicht gleichgültig sein, nach welcher Methode man ihm das Fell über die Ohren zieht. Wenn allerdings von Seiten der Freunde des gelben so gut wie von der des weißen Metalls das „Interesse der Arbeiter" in's Feld geführt wird, so ist das eitel Humbug und heuchlerische Faselei und für einen denkenden, klassenbewußten Arbeiter unendlich komisch. Der Arbeiterstand als Klasse hat nichts gemein mit dem Kapitalismus, er hat seine eigenen Wege zu gehen und seine Interessen selbst zu vertreten. Die Zeiten der Vormundschaft und des Gängelbandes sind gottlob vorüber und hoffentlich für immer. Gehen wir nun auf die Frage im Besonderen ein.

Die „Goldleute" behaupten, Gold ist das beste Währungsmetall, weil sein Werth konstant (beständig) ist, im Gegensatz zum Werth des Silbers, der beständig schwankt. Das ist heutzutage richtig, wenngleich, wie wir sahen, dies Konstantsein keine natürliche, sondern eine gesellschaftliche Eigenschaft des Goldes ist. Es ist auch wohl anzunehmen, daß durch Einführung der Doppelwährung die Währung überhaupt eine schwankende werden würde, d. h. ein Geldstück, welches nominell (dem Namen nach) eine bestimmte Geldsumme repräsentirt, ist in der That bald mehr, bald weniger werth. Und das ist es zunächst, was dem Interesse des Arbeiters widerspricht.

Ein Arbeiter verkauft dem Kapitalisten seine Arbeitskraft und bekommt dafür als Aequivalent (Entschädigung) Geld oder schlechthin Lohn genannt. Wenn nun der Werth dieses Geldes schwankt, so weiß der Arbeiter nie, welches Aequivalent er für seine Arbeitskraft bekommen hat. So lange also das Lohnsystem existirt, d. h. das Geldlohnsystem, liegt es im Interesse des Arbeiters, genau zu wissen, wieviel denn eigentlich dieses Geld werth ist. Daher ist eine konstante Währung für ihn erstrebenswerth, also heutzutage und bis auf Weiteres die Goldwährung. Im Innern eines Landes tritt das Schwanken der Währung nicht so deutlich in die Erscheinung, da jedoch der Kapitalismus wie auch sein Bruder, der Handel, international ist, so zeigt sich dies Schwanken am deutlichsten beim Produktenaustausch zweier Länder mit verschiedener Währung. Während ich z. B. in Deutschland im Kleinverkehr für ein goldenes Zwanzigmarkstück ebensoviel kaufen kann, wie für 4 silberne Fünfmarkstücke, so ist dies nicht mehr der Fall, wenn ich in's Ausland gehe; ich kann dann für das Goldstück bedeutend mehr kaufen. Ein russischer Grundbesitzer oder Fabrikant bekommt für seine Produkte mehr Silbergeld vom Auslande als er Goldgeld bekommen würde. Er zahlt nun mit diesem minderwerthigen Silbergeld seinen Arbeitern den Lohn aus, macht also einen doppelten Profit, ohne daß die Arbeiter etwas davon merken. Nehmen wir an, ein Arbeiter bekommt vor wie nach einen Lohn von 5 Rubel, so bekommt er in Wirklichkeit, bei Auszahlung des Lohnes in Silberrubeln, nur den Werth von 3 Rubeln. Er ist also betrogen und weiß es nicht, der Kapitalist steckt den Profit schmunzelnd in die Tasche. Es muß also die erste Forderung des Proletariats sein: „So lange der Geldlohn besteht, verlangen wir ein festes Währungsmetall, damit wir wissen, was wir für unsere verkaufte Arbeitskraft bekommen." Wenn schon, wie allgemein bekannt ist, im heutigen Lohnsystem eine Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutung enthalten ist, da ein Arbeiter niemals weiß, in welchem Grade er ausgebeutet wird — es bietet sich vielleicht späterhin einmal die Gelegenheit, in einem besonderen Artikel auf dieses Thema einzugehen — so wird unter einer schwankenden Währung dies Uebel nur noch verschärft werden. Daher muß ein Arbeiter (bis auf Weiteres) Anhänger der Goldwährung sein, und die Sozialdemokratie hat ja auch aus dieser ihrer Anhängerschaft niemals ein Hehl gemacht, selbst auf die Gefahr hin, von den Agrariern und ihren antisemitischen Schildknappen als die „Schutztruppe des goldenen Kalbes", die „Kosaken des Geldsackes" und die „Freunde der Börsenjobber" bezeichnet zu werden. Das soll uns wenig kränken. Das kämpfende Proletariat vertritt seine eigenen Interessen und wenn diese hier und da mit den Interessen einer einzelnen Ausbeutergruppe zusammenfallen, so ist das kein Grund, von der Vertretung derselben zurückzutreten.

Aber noch andere Gesichtspunkte kommen in der Beurtheilung der Währungsfrage vom Arbeiterstandpunkte in Betracht. Wenn auch die verschiedenen Kapitalistengruppen in der Ausbeutung der Arbeiter sich in rührender Eintracht die Hände reichen, so kommt es doch vor, daß sie hin und wieder in der Methode voneinander abweichen. Gerade wie wenn zwei Schäfer, welche ein Schaf scheeren wollen, über die Art und Weise dieser Prozedur in Streit gerathen, indem der eine das Schaf erst vorher chloroformiren, der andere jedoch dasselbe bei lebendigem Leibe scheeren will. Je dünner allerdings das Schaf und je entkräfteter dasselbe ist, desto weniger Einwendungen macht es. So auch in der heutigen Gesellschafts„ordnung."

Das industrielle Kapital ruft: Billige Lebensmittel! Das landwirthschaftliche dagegen: Theure Lebensmittel. Letzteres sieht gerade in der Einführung der Doppelwährung ein Mittel, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben, damit wenigstens die Produktionskosten gedeckt werden. Und mit Recht! Denn es ist eine nationalökonomische Wahrheit, wie wir im vorigen Artikel darlegten, daß unter sonst gleichbleibenden Produktionsbedingungen die Lebensmittelpreise bei Einführung der Doppelwährung steigen werden. Wo bleibt dann aber der Arbeiter bei erhöhten Lebensmittelpreisen? Oder will man behaupten, daß der Lohn des Arbeiters ein derartiger ist, daß es ihm gleichgültig sein kann, ob die Lebensmittel um das Doppelte im Preise steigen oder nicht? Oder erscheint es wünschenswerth oder auch nur gleichgültig, ob die Lebenshaltung des Arbeiters noch tiefer heruntergedrückt wird, als es heutzutage leider schon der Fall ist? Alle diese Fragen müßte sich ein Agrarier zunächst zu beantworten suchen. Es genügt nicht, immer nur von der „nothleidenden Landwirthschaft" und der „Begehrlichkeit der Arbeiter" zu schwätzen, es genügt auch nicht, dem Kernpunkte dieser Frage auszuweichen und den Thatbestand zu verdunkeln — hier hilft kein Maulspitzen, hier muß gepfiffen werden. Also heraus mit der Sprache, Ihr Bimetallisten! Es ist eine Verdunkelung des Thatbestandes, wenn man behauptet, daß trotz der augenblicklich so niedrigen Lebensmittelpreise die Arbeitslosigkeit und das Elend so groß geworden sei, daß es zum Himmel schreit; die Gründe hierfür liegen anderswo, es ist eine Vorspiegelung falscher Thatsachen, wenn die Agrarier heuchlerischer Weise behaupten, daß eine Steigerung der Lebensmittelpreise auch eine Steigerung des Lohnes im unmittelbaren Gefolge habe. Da liegt gerade der Hase im Pfeffer. Es ist eine Behauptung, welche allen Erfahrungsthatsachen direkt in's Gesicht schlägt. Gerade die Hamburger Arbeiter können aus eigener Erfahrung hierüber ein Wörtlein mitreden.

Als durch den Zollanschluß die nothwendigen Lebensmittel in Hamburg wesentlich vertheuert wurden, ist der Lohn nicht in demselben Maße gestiegen, im Gegentheil, die Herren Kapitalisten haben ihn eher heruntergedrückt und dadurch die Lebenshaltung des Hamburger Arbeiters weit unter das frühere Niveau herabgesenkt. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Cholera so sehr um sich greift. Ja, wenn es wahr wäre, daß eine Erhöhung der Lebensmittelpreise auch zugleich eine Erhöhung des Arbeitslohnes bedeute, so könnte es dem Arbeiter an und für sich gleich sein, ob die Lebensmittel billig oder theuer sind. Aber dies ist eben nicht der Fall.

Was ist denn eigentlich der Arbeitslohn? Das Aequivalent für die verkaufte Arbeitskraft. Der Arbeiter soll im Stande sein, durch seinen Lohn sich die Mittel anzuschaffen, die aus dem Körper verausgabte Arbeitskraft jeden Tag wieder zu reproduziren, zu erneuern. Hierzu bedarf er Speise, Trank, Wohnung, Kleidung usw. Er soll zweitens im Lohne Dasjenige ersetzt erhalten, was die Ausbildung seiner Arbeitskraft gekostet hat, und drittens soll er im Stande sein, neue Arbeiter auf den Markt zu bringen oder mit anderen Worten eine Familie zu gründen. Nehmen wir z. B. an, der Arbeitslohn beträgt pro Tag Mk. 4, ausgedrückt in 80 Pfund Weizen. Mit 80 Pfund Weizen wäre ein Arbeiter im Stande, seine Existenz zu fristen.

Steigt nun der Preis des Weizens um ein Viertel, so kann der Arbeiter für seinen Tagelohn von Mk. 4 nur noch 64 Pfund Weizen kaufen oder mit anderen Worten, seine Lebenshaltung sinkt um ein Viertel. Er müßte also, um sich ohne Schaden aus der Affaire zu ziehen, statt Mk. 4 jetzt Mk. 5 verdienen, d. h. der Kapitalist müßte den Lohn im Allgemeinen um 25 pZt. aufbessern. Wird er das thun? I, Gott bewahre, fällt ihm garnicht ein! Wo bleiben dann aber die „Naturgesetze" der kapitalistischen Produktionsweise, das eherne ökonomische Lohngesetz, die Regelung des Preises durch Angebot und Nachfrage, die Behauptung, daß nur Aequivalente, d. h. gleichwerthige Waaren, ausgetauscht werden, und daß darum die Arbeitskraft des Arbeiters zum wahren Werthe gekauft und verkauft werde usw.? Es spielen hier noch verschiedene andere Faktoren mit, z. B. die schrankenlose Konkurrenz, die steigende Produktivität der Arbeit durch maschinelle und technische Verbesserungen auf der einen Seite und auf der anderen Seite die kolossal anschwellende Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt. Es würde uns zu weit führen, hier im Einzelnen darauf einzugehen, ohnehin weiß jeder Mensch, daß bei steigenden Lebensmittelpreisen die Löhne nicht in demselben Verhältnisse steigen, so daß die Differenz ausgeglichen wird. Die Statistik lehrt uns, daß bei steigenden Lebensmittelpreisen die Lebenshaltung der großen Masse des Volkes sinkt. Nach dem „Statistischen Jahrbuch" für das Großherzogthum Baden ergiebt sich, daß der Zeitraum von 1875—1878 sich darstellt als eine Periode, in welcher die Lebensmittelpreise rasch stiegen, die Löhne dagegen sanken, während der Zeitraum von 1882—1885 sich durch ein bedeutendes Sinken der Lebensmittelpreise auszeichnet, während die Löhne stabil (gleich) bleiben. Wo ist nun das Resultat auf die Lebenshaltung der breiteren Volksschichten? Geben wir einige Beispiele und bezeichnen wir den ersten Zeitraum mit I., den zweiten mit II., die Zunahme durch +, die Abnahme durch ÷.

Sparkasseneinlagen . .	I. ÷ 71 pCt.,	II. + 24 pCt.
Zahlungsbefehle	I. + 42 „	II. ÷ 22 „
Wechselproteste	I. + 62 „	II. ÷ 13 „
Konkurse	I. +164 „	II. ÷ 10 „
Bestrafungen (überhaupt)	I. + 40 „	II. ÷ 16 „
Bestraf. von der Sittenpolizei	I. +125 „	II. ÷ 3 „
„ wegen Diebstahls	I. +17,4 „	II. ÷ 13 „
„ wegen Unterschlagung	I. + 39 „	II. ÷ 0 „
Verurtheilungen zu Zuchthausstrafe .	I. + 43 „	II. ÷ 11 „
„ zu Gefängnißstr.	I. + 34 „	II. ÷ 2 „
„ zum Verlust der bürgerl. Ehrenrechte	I. + 57 „	II. ÷ 12 „
„ zur Stellung unter Polizeiaufsicht . .	I. + 27 „	II. ÷ 16 „

Was lehrt uns diese Tabelle? Daß bei erhöhten Lebensmittelpreisen, wenn nicht gleichzeitig die Löhne steigen, die Sparkasseneinlagen zurückgehen, die Zahlungsbefehle, Konkurse, Verurtheilungen usw. dagegen zunehmen, daß jedoch bei niedrigeren Lebensmittelpreisen und gleichbleibenden Löhnen das Gegentheil der Fall ist. Bedarf es noch weiterer Beweise?

Kommen wir zum Schluß. Es ist der Beweis erbracht, daß die Einführung der Doppelwährung die Lebensmittelpreise steigert, ohne daß die Erhöhung der Löhne damit gleichen Schritt hält, es ist ferner erwiesen, daß diese Steigerung die Lebenshaltung des Arbeiters herabdrückt, deshalb muß das Proletariat, falls es seine Interessen erkannt hat, gegen die Einführung der Doppelwährung sein und für die Erhaltung des heutigen Währungssystems eintreten. Auch der ländliche Arbeiter, dessen Lohn immer mehr ein Geldlohn wird und dessen Naturallohn doch nur zur Befriedigung eigener Bedürfnisse, nicht zum Verkauf dient, hat in dieser Sache gleiche Interessen, wie der Industriearbeiter. Darum: **Nieder mit den Lebensmittelvertheurern, denn sie sind die eigentlichen Volksfeinde!**

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung.)

Im Allgemeinen fanden Proudhon's Theorien in Frankreich nur wenig Anhänger, dagegen traten in Deutschland bald nach dem Erscheinen der ersten Schrift Proudhon's Vertheidiger des Anarchismus auf.

Der erste war Moses Heß*), der in zwei Abhandlungen über „Philosophie der That" und „Sozialismus", 1843, noch über Proudhon hinausging: „Anarchie sei die Verneinung aller Herrschaft im geistigen, wie im sozialen Leben, also auch des Staates und der Kirche, aber auch die Verneinung jedes Bestimmtwerdens von außen. Jede Thätigkeit müsse durch Selbstbestimmung von innen heraus veranlaßt werden. Art, Dauer der Arbeit eines jeden Menschen hat ganz von dessen Belieben abzuhängen, andererseits soll aber die Gesellschaft Jedem zu seiner Ausbildung sowie zur Befriedigung seiner Bedürfnisse soviel darbieten, als er vernünftigerweise braucht."

Noch phantastischer malte Karl Grün**) den anarchistischen Zukunftsstaat. „Jeder arbeitet und genießt soviel als ihm paßt. Produktion und Konsumtion sind also ganz in das Belieben jedes Einzelnen gestellt. Ein Mangel an Produktion möchte aber doch nicht eintreten, eher ein Ueberfluß. Vielleicht vermöchten die Kinder bis zum 15. Jahre, als Lenker der Maschinen, den ganzen Hausbedarf von heute zu liefern, in Festkleidern, als Spiel, zur Zerstreuung!" Kein Gesetz, kein Staat, keine Regierung, keine Verwaltungsbehörden sind erforderlich, Alles regelt sich bei der Anarchie von selbst.

Eine philosophische Begründung des Anarchismus bot Max Stirner***) in seinem Buche: „Der Einzige und sein Eigenthum", 1845. Den Namen Anarchist nimmt er nicht an, führt aber den Gedankengang des Anarchismus am entschiedensten durch, so daß er nicht nur den Staat, sondern jede den Einzelnen binden sollende Idee verwirft. Nicht die Freiheit, nicht die Wahrheit soll der Mensch über sich stellen, sonst ist er abhängig und nicht sein „Eigener". „Der Eigene ist der geborene Freie, der Freie von Haus aus; der Freie dagegen nur der Freiheitssüchtige, der Träumer, der Schwärmer." Die freie Vereinigung der Einzelnen, die an Stelle des Staates treten soll, soll der Einzelne benutzen und sie pflicht- und treulos wieder aufgeben, wenn er weiter keinen Nutzen aus ihr zu ziehen weiß: „Die Gesellschaft verbraucht Dich, den Verein verbrauchst Du."

Diese Loslösung des Einzelnen von jeder gemeinsamen Verbindung mit Anderen ist nichts weiter als eine Wortspielerei, die in der wirklichen Welt zur Unmöglichkeit wird, wie Ed. Bernstein durch folgende zutreffende Kritik nachweist: „Wo in aller Welt giebt es heute einen „Einzigen", außer — im Irrenhause? Nur in seiner Einbildung kann der Mensch des neunzehnten Jahrhunderts „einzig" sein, in Wirklichkeit ist er so wenig absolut einzig, als er absolut frei ist oder sein kann."

Stirner glaubt auf sicherstem, realistischem Boden zu stehen, wenn er von keinem philosophischen, sondern von seinem eigenen persönlichen Ich ausgeht. Aber indem er die Verhältnisse, unter denen dieses Ich lebt und geworden ist, seine Geschichte und die Umstände seiner Existenz ganz unerörtert läßt, entfernt er sich nothgedrungen immer wieder von der Wirklichkeit und spinnisirt, statt zu untersuchen. Die außer seinem Kopf existirende Welt wird nur des Exempels halber vorgeführt. Das geschieht aber auch bei den von ihm angegriffenen philosophischen Idealisten, er unterscheidet sich nur graduell (stufenweise), nicht prinzipiell (grundsätzlich) von ihnen, er wird die metaphysische (übersinnliche) Denkweise nicht los, und so bleibt seine ganze Untersuchung, wie Friedrich Engels es nennt, ein Kuriosum (etwas Sonderliches) — sie endet in einer Sackgasse. Es ist immer wieder die Hegel'sche absolute „Idee", nur daß sie sich hier „Ich, der Einzige", nennt. Auch dieser Einzige steht auf dem Kopf — dem Kopf Max Stirner's. Es ist, wie gesagt, „ein Spuk". — Soweit der Stirner'sche Egoist Hand und Fuß hat, ist er nur der ideologische Abklatsch des Angehörigen der auf der Konkurrenz beruhenden bürgerlichen Gesellschaft. Dieser ist eben auch ein „Einziger", der sein Eigenthum geltend zu machen hat, will er es zu etwas in derselben bringen. Aber wehe ihm, wenn dieses Eigenthum nur in seiner metaphysischen „Eigenheit" besteht, er kann dabei elend verhungern, wie es dem armen Schullehrer Kaspar Schmidt alias Max Stirner nur zu buchstäblich gegangen ist. Die bürgerliche Gesellschaft verweist Jeden auf sein „Ich", auf seinen natürlichen „Egoismus". Sie sagt ihm: „Guter Freund, siehe zu, wie Du durchkommst. Kämpfe, wehre Dich, suche Dich breit zu machen — je mehr Du es thust, je mehr Du Dir dienst, um so besser. Ich verlange zwar von Dir, daß Du dabei gewisse Regeln innehältst, aber selbst das ist nicht so arg gemeint. Du mußt Dich nur nicht abfassen lassen. Ich kann Dir zwar keine absolute Freiheit gewähren, aber Deine „Eigenheit" magst Du nach allen Richtungen hin entfalten, Egoist sein, soviel Du willst. Der Egoismus (die Ichsucht, Selbstsucht), weit entfernt, ein Laster zu sein, ist in der bürgerlichen Gesellschaft die höchste Tugend."

In der Schweiz hatte Proudhon einen Schüler in Wilhelm Marr*) gefunden, der besonders eifrig gegen die Ehe und den Glauben loszog, eine Zeitschrift herausgab und in Vereinen Propaganda trieb, bis diese 1845 behördlich geschlossen wurden. Ueberhaupt verhinderte die nach der 1848er Bewegung überall sich breit machende Reaktion das öffentliche Auftreten des Anarchismus, bis 1868 der Russe Bakunin wieder lebhafte Propaganda für denselben machte.

Michael Bakunin wurde 1814 als Sohn eines russischen altadligen Gutsbesitzers im Gouvernement Twer geboren und im Kadettenhause zu Petersburg erzogen. Nur kurze Zeit war er Artillerieoffizier, widmete sich dann philosophischen Studien und begab sich 1841 nach Berlin, wo er sich den demokratischen Mitgliedern des „Jungen Deutschlands" anschloß. 1842 lebte er in Dresden, 1843 in Paris, wo er Proudhon's Schriften kennen lernte, begab sich dann in die Schweiz, wo er in den kommunistischen Vereinen verkehrte, hielt 1847, am Jahrestage der Warschauer Polenerhebung, eine Rede, für die er, auf Verlangen der russischen Regierung, aus Paris ausgewiesen wurde, betheiligte sich 1845 in Prag am Slavenkongreß und kam im März 1849 nach Dresden, wo er an der Mairevolution hervorragend Antheil nahm. Als diese niedergeworfen wurde, flüchtete er, wurde in Chemnitz verhaftet, zum Tode verurtheilt, zu lebenslänglicher Haft begnadigt, 1850 an die österreichische Regierung ausgeliefert und von dieser 1851 an die russische, die ihn nach Ostsibirien verbannte. Da er mit dem Gouverneur des Strafbezirks verwandt war, gelang es ihm 1860, über Japan nach London zu fliehen. Dort widmete er sich besonders der russischen Flüchtlingsbewegung; als 1863 der letzte Polenaufstand losbrach, veranlaßte er eine Expedition der Emigranten von Stockholm aus, um Rußland zu revolutioniren. Der Plan scheiterte, und Bakunin kehrte nach London zurück; im Herbst 1867 ließ er sich in Genf zum Mitgliede des permanenten Comités der Friedensliga wählen, einer Gesellschaft, die aus bürgerlichen Philanthropen und Wichtigthuern bestand, welche für Abschaffung der Kriege schwärmten, ohne die soziale Ursache derselben, die kapitalistische Produktionsweise, beseitigen zu wollen. Bakunin sah bald ein, wie unbedeutend diese Gesellschaft war, er dachte daher daran, dieser Liga wenigstens äußerlich einen sozialistischen Anstrich zu geben und sie mit der marxistischen „Internationalen Arbeiter-Assoziation" zu verknüpfen. Um diesen Plan durchzuführen, ließ sich Bakunin im Juli 1868 in die Genfer Zentralsektion der Internationale aufnehmen und bewirkte, daß das Comité der Liga dem Internationalen Kongreß zu Brüssel (1868) ein Schutz- und Trutzbündniß anbot. Dieser verwarf den Vorschlag und nun begannen die Intriguen und Anfeindungen Bakunin's, bei denen sich sein wahrer Charakter erst enthüllte, wie sich 1872 auf dem Haager Kongreß herausstellte. (Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation. Im Auftrage des Haager Kongresses verfaßter Bericht über das Treiben Bakunin's und der Allianz der sozialistischen Demokratie. Deutsche Ausgabe, übersetzt von S. Kokosky. Braunschweig, W. Bracke jun., 1874.)

Bakunin begründete, um die marxistische Internationale zu bekämpfen, 1868 eine öffentliche „Allianz der sozialistischen Demokratie"; diese barg eine geheime in sich, die ihrerseits durch die noch geheimere Allianz der internationalen Brüder, der hundert Garden des Diktators Bakunin, geleitet wurde. Die geheimen Statuten der „Organisation der Allianz der internationalen Brüder" zeigen, daß es in dieser Allianz „drei Grade" gab: 1. Die internationalen Brüder. 2. Die nationalen Brüder. 3. Die halb geheime und halb öffentliche Organisation der Internationalen Allianz der sozialistischen Demokratie. Der Angelpunkt der Allianz war der „Bürger Bakunin"; um sich wollte er einen revolutionären Generalstab schaaren; wie er meinte, genügten für ganz Europa hundert fest und ernst verbündete Revolutionäre, von denen er Einheit des Gedankens und des Handelns verlangt — das heißt: Orthodoxie und blinden Gehorsam, ganz wie in der Gesellschaft Jesu. Dabei trat aber das soziale Programm der bakunistischen Allianz für die Anarchie ein. „Die Assoziation der internationalen Brüder will die allgemeine, zu gleicher Zeit soziale, philosophische, ökonomische und politische Revolution, damit von der gegenwärtigen Ordnung der Dinge, begründet wie sie ist auf dem Eigenthum, der Ausbeutung der Herrschaft und dem Autoritätsprinzip — dasselbe sei religiös oder metaphysisch und bourgeois-doktrinär, ja selbst jakobinisch-revolutionär — zunächst in ganz Europa und dann auf der übrigen Welt kein Stein auf dem anderen bleibe."

Diesen volltönenden Phrasen entsprachen weder die Thaten der Allianz, noch der Charakter der Mitglieder; die ersteren bestanden in Anfeindungen der Marxisten, die letzteren unter Anderen aus Polizeiagenten Napoleon's, wie Albert Richard, im Allgemeinen aus Deklassirten. (Déclassés heißen im Französischen diejenigen aus den besitzenden Klassen hervorgegangenen Leute, die von ihrer Klasse ausgestoßen oder aus ihr ausgetreten sind, ohne darum Proletarier zu werden, z. B. Industrieritter, Pickelheringe [Hanswurste], gewerbsmäßige Spieler, die meisten Literaten und Politiker von Profession usw. Auch das Proletariat hat seine Deklassirten, sie bilden das „Lumpenproletariat". „Ein Complot", Seite 2, herausgegeben von Marx.)

Der extremste Anarchismus war nur die Maske für den Kampf gegen die Londoner Internationale. Der Generalrath derselben kennzeichnete in einem Rundschreiben vom März 1873 über „die angeblichen Spaltungen in der Internationalen" die Aufschneidereien über die sofortige Abschaffung des Staates und die Gründung der Anarchie folgendermaßen: „Die Anarchie, das ist das große Paradepferd ihres Meisters Bakunin, der von allen sozialistischen Systemen nur die Aufschriften aufgenommen hat. Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen, erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, welche dazu dient, die große produzirende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu erhalten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen. Die Allianz greift die Sache am umgekehrten Ende an. Sie proklamirt die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unfehlbarste Mittel, die gewaltigen in den Händen der Ausbeuter konzentrirten gesellschaftlichen und politischen Machtmittel zu brechen. Unter diesem Vorwande verlangt sie von der Internationalen in demselben Augenblick, wo die alte Welt sie zu zermalen strebt, daß sie ihre Organisation durch die Anarchie ersetze."

Bakunin schuf sich durch seine Allianz zwar einen Generalstab in den internationalen Brüdern, aber die Armee fehlte ihm und hierzu wollte er die Marxistische Internationale benutzen. Am 15. Dezember 1868 beantragte die Allianz beim Generalrath der Internationale ihre Aufnahme; dieser verweigerte sie, da die Allianz beanspruchte, eine besondere Organisation in der Internationale zu bilden. Einige Monate später wiederholte die Allianz ihre Anfrage und erbot sich, ihre Sektionen in solche der Internationale umzuwandeln; sie zeigte auch am 22. Juni 1869 dem Generalrath an, daß dies geschehen sei — und nun wurde sie aufgenommen. Bakunin hatte jedoch die geheime Organisation nicht aufgelöst und hoffte, auf dem Kongreß zu Basel 1869 sich der Leitung der Internationalen zu bemächtigen; es gelang ihm nicht, doch zettelte er beständig Intriguen aller Art gegen die Sozialisten an. Es kam zum offenen Zwiespalt; die Bakunisten griffen in ihren Zeitungen, wie in ihren Flugblättern unter dem Beifall aller Reaktionäre die Internationale und Marx an und überhäuften sie mit Schmähungen. Bakunin erklärte, auf dem nächsten Kongreß „seine Verleumder" vor ein Ehrengericht zu laden. Aber — Bakunin erschien nicht, dagegen beschloß der Kongreß zu Haag, nachdem ihm die geheime Organisation der Allianz durch Aktenstücke bewiesen, am 7. September 1872, Michael Bakunin, als Gründer der Allianz, auszuschließen; vier Delegirte aus Spanien, fünf belgische, zwei holländische, ein Amerikaner und zwei aus dem Jura stimmten gegen den Ausschluß und traten bald darauf zu St. Imier in der Schweiz zu einem Kongreß zusammen, auf dem sie erklärten: „Jede Organisation einer angeblich provisorischen und revolutionären politischen Macht, um mittelst derselben die politische Macht des Staates zu vernichten, kann nur eine neue Täuschung sein und muß für das Proletariat ebenso gefährlich sein, wie alle heute existirenden Regierungen."

(Fortsetzung folgt.)

Der arbeitslose Erwerb.

Der große Bierboykott zu Berlin hat die bürgerlichen Parteien auf einen Augenblick vergessen lassen, daß sie sonst sehr verschiedene Interessen haben; sie sind zu einer „großen reaktionären Masse" ineinander verschmolzen. Von der bürgerlichen Demokratie bis zum konservativen Junkerthum, von der „Frankfurter Zeitung" bis zur „Kreuz-Zeitung" ist Alles einig in dem Bestreben, den Boykott als einen staatsgefährlichen Angriff auf die gesellschaftliche Ordnung hinzustellen. Der bürgerliche „Freisinn" ist noch nie so in die Brüche gegangen und alle die bürgerlichen Moralphilosophen, die sonst nie laut genug die „persönliche Freiheit" betonen konnten, tuten jetzt um so kräftiger in das große Nachtwächterhorn, je hartnäckiger der große „Bierring" dafür kämpft, die Brauereiarbeiter unter der alten Knechtschaft zu halten. Der Fanatismus der bürgerlichen Presse geht sogar so weit, daß sie mit giftigen Bemerkungen über die Direktion der Münchener Löwenbrauerei herfällt, weil diese die Forderungen der Arbeiterschaft für „billig" erklärt hat.

Was die herrschenden Klassen von diesem „Bierkrieg" in Berlin fürchten, das ist uns wohl bekannt. Sie fürchten, die Arbeiter könnten auf den Gedanken kommen, auch weiterhin den Boykott anzuwenden, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Denn um das Letztere handelt es sich bei dem Boykott und um nichts Anderes; das muß festgehalten werden. Die Kapitalisten fürchten, ihr Unternehmergewinn möchte gekürzt werden, wenn die Arbeiter einen Weg finden, den unaufhörlichen Lohnherabsetzungen zu begegnen. Sie schreien aus demselben Grund, wie die Junker bei Herabsetzung der Kornzölle zu schreien pflegen, und sie verlangen nach höherem Profit mit demselben Fanatismus, wie die Junker nach höherer Grundrente verlangen. Dazu muß man bedenken, daß hinter dem Brauereiring fast lauter Aktionäre stecken, Leute, deren Existenz auf dem arbeitslosen Erwerb beruht. Diese Menschen betrachten den Arbeiter als menschliche Maschine, die nur dazu bestimmt ist, die Mittel zu beschaffen, deren sie zu ihrem luxuriösen Leben bedürfen. Wenn diese Klasse hörte, Deutschland sei von den Mongolen besetzt worden, so würde sie dies nicht so sehr in Aufregung bringen, als wenn sie in Gefahr sind, daß ihre Dividende um einige Prozent sinkt.

Dementsprechend sind auch die Mittel, welche von dieser Seite angewendet werden; das Richter'sche Blatt, die „Freisinnige Zeitung", deren Aufgabe es immer war, die Interessen des arbeitslosen Erwerbs zu vertreten, behauptet, die Sozialdemokratie habe einen „Radau" gebraucht und deshalb sei der Boykott inszenirt worden; die alberne Aeußerung eines Berliner Budikers, die Sozialdemokraten würden demnächst noch fragen, woher man seine Kleider zu besorgen habe, wird bedeutungsvoll genommen. Zugleich lassen sich die Großkapitalisten und Brauereidirektoren in ihrer Presse als arme Opferlämmer hinstellen und behaupten, die Sozialdemokratie wolle sie nicht mehr frei über ihr Eigenthum verfügen lassen. So etwas kann dem „antikollektivistischen Dickschädel" des Spießbürgerthums imponiren!

---

*) Moses Heß, geboren 1812 zu Bonn, gestorben 1872, war Kaufmann, studirte einige Jahre und lebte als Schriftsteller.

**) Karl Grün, geboren 1817 zu Lüdenscheid, gestorben 1887, ursprünglich Gymnasialprofessor, nachher Schriftsteller.

***) Max Stirner, Pseudonym für Kaspar Schmidt, geboren 1806 in Bayreuth, studirte Theologie und Philologie, ward in Berlin Gymnasiallehrer, später Lehrer an einer höheren Töchterschule, starb 1856 in Berlin.

*) Wilhelm Marr, geboren 1819 zu Hamburg, erst Kaufmann, dann Schriftsteller. In den letzten Jahren wurde er Antisemit, sagte sich dann aber von dieser Gesellschaft los.

Aber sehen wir doch, was andere kapitalistische „Opferlämmer" thun. 16 Industrielle wollen den Gastwirthen M. 800 000 geben, wenn diese ausharren. Diese 16 gehören wohl auch zu Denen, die „nicht frei über ihr Eigenthum verfügen" und die keine Einbuße an ihrem Profit vertragen können!

Wie müssen diese Leute ihre Arbeiter ausgebeutet haben, um mit solchen Summen zu solchen Zwecken bei der Hand zu sein! Und ein Industrieller will gar in der Wuth seine Fabrik schließen und 800 Arbeiter entlassen, wenn der Boykott nicht aufhört. Also man will 800 Menschen, die mit dem Boykott garnichts zu thun haben, auf die Straße werfen, ein halbes Tausend Familien dem Elend preisgeben und wagt es dennoch, zu gleicher Zeit von der „Tyrannei" der Sozialdemokratie zu reden! Diese Kapitalisten wollen lebendige Menschen wie willenloses Eigenthum behandeln und erklären zugleich einen Bierboykott für eine Gewaltthat. Gegen solche Heuchelei sind die Mucker doch reine Stümper.

„Dem Arbeitgeber soll von den Gewerkschaften vorgeschrieben werden, was er zu thun und zu lassen hat", lautet der Schreckensruf, mit dem man die bürgerliche Welt alarmiren will. Das liegt gewiß, so allgemein hingestellt, nicht im Interesse der Gewerkschaften, wohl aber haben diese Organisationen, die durchaus aus der Nothwendigkeit der Defensive hervorgegangen sind, den Zweck, die Arbeiter gegen Brutalitäten zu schützen und der Willkür der Kapitalisten Schranken zu ziehen.

Der Bierboykott hat das ganze Ausbeutungssystem an einer sehr wunden Stelle getroffen; daher das fürchterliche Geschrei, das um so weniger imponieren kann, als die Aktionäre und Dividendenschlucker nur zum geringsten Theil werden den Beweis liefern können, daß ihre Existenz der Gesammtheit irgend einen Nutzen bringt.

Das Gastzimmer.

Wenn der Mensch sich nach des Tages Last und Mühen erholen und erquicken und wohl auch der Geselligkeit pflegen will, so wird er gern ein Wein- oder Bierhaus aufsuchen, in dem er sich wohl fühlt, in dem es ihm, mit kurzen Worten gesagt, „gefällt". Unsere süddeutschen Landsleute, die Bayern, Tyroler und hier und da auch die Oesterreicher, haben es von jeher gut verstanden, dergleichen Räume passend zu dekoriren und zu möbliren. Man trifft daher auch oftmals in den entlegensten und kleinsten Dörfern die hübschesten und reizendsten Schenken, die so anheimelnd wirken, daß dieselben sehr oft zum immerwiederkehrenden Sommeraufenthalt von vielen Großstädtern, namentlich aber von Künstlern gewählt werden. Zumeist wurden diese Zimmereinrichtungen vom Dorftischler, der auch zugleich Maler ist, angefertigt, doch zuweilen geschah dies auch, namentlich in Tyrol und in der Schweiz, von dem Bauern und Gastwirth selbst, der die langen Winterabende mit dergleichen Arbeiten zu kürzen und auszufüllen suchte. Die Bayern, die von jeher mit der Bereitung eines guten Trunkes auch zugleich, wie schon angedeutet, das Geschick, geschmackvolle Gastzimmer einzurichten, verbanden, erbauten in den letzten Jahren in einer ganzen Anzahl größerer Städte Deutschlands Bierhäuser und brachten mit denselben eine wahre Revolution in der Errichtung solcher Räumlichkeiten, die dem Gotte Gambrinus geweiht waren, hervor, indem solche nicht nur Hunderttausende, sondern, wie z. B. in Berlin und München, mehrere Millionen verschlangen, allerdings auch schön und geschmackvoll eingerichtet, mit Wand- und Glasgemälden geschmückt und mit bequemen, soliden und schönen Möbeln und wohl auch noch mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet wurden.

Doch die kleinen Kneipen in den Großstädten, die Gasthäuser in den mittleren und kleinen Städten werden meist immer noch in der althergebrachten geschmacklosen Manier ausgestattet. Die Wände und Decken werden mit den denkbar billigsten und schlechtesten Papiertapeten, die oftmals die unmöglichsten Farben und Muster enthalten, beklebt und in diesem oft viel zu niedrigen, meist aller Ventilation entbehrenden Pappkasten werden nun einige Tische, unbequeme Stühle, ja vielleicht auch ein Buffet gesetzt, welche in irgend einem Ausverkauf oder einer Auktion erworben wurden und nichts weniger als zusammenpassen. Die Wände werden mit Spiegeln und Bildern behängt, welche denselben mehr zur Unzierde statt zur Zierde gereichen. Die Beleuchtung ist zumeist am Tage, wie auch des Abends, eine schlechte zu nennen, und in einem solch unbequemen, unschönen, aller Ventilation und guter Beleuchtung entbehrenden, mit Tabaksqualm, Hitze und schlechtem Geruch erfüllten Zimmer soll sich nun der Mensch erholen und erquicken, soll in einem solchen Loche (denn anders kann man ein derartiges Zimmer nicht nennen), der Geselligkeit pflegen und neue Kräfte für den kommenden Tag sammeln. Um dergleichen Zimmer, welche einer größeren Anzahl von Menschen zu gleicher Zeit zum Aufenthalt und zur Erholung dienen sollen, passend und zweckentsprechend einzurichten, bedarf es in erster Linie einer guten Ventilation, welche allerdings am besten durch eine genügende Höhe des Zimmers und einige Luftkanäle zu erreichen ist. Ist solches geschehen, dann wende sich der betreffende Gastwirth an einen guten Tischler*), der, wenn auch einfache, doch geschmackvolle Arbeiten auszuführen versteht, und lasse sich von demselben eine Wandbekleidung, Tische, Stühle, Buffet, Garderobenträger, Spiegel und Bilderrahmen und vielleicht auch noch einen Plafond nach einer einheitlichen Zeichnung anfertigen und diesen Arbeiten einen schönen braunen Ton geben und ist es nicht möglich, daß Eiche genommen werden kann, so benutze man nur unsere heimischen Nadelhölzer, male sie aber nicht etwa in geschmackloser und unsinniger Weise wie Eiche, Nußbaum oder gar Mahagoni, Incarnato oder Ahorn, sondern lasse sie einfach oder beize sie braun, einige Felder, Kehlungen kann man auch dunkler halten oder mit Farbe roth, grün, blau bemalen, auch kann man das durch und durch braun gebeizte Kiefernholz (Kreuzholz) vom Ingenieur Jäger in Eßlingen a. N. benutzen, zu welchem außer dem genannten auch Birke, Eiche, Kastanie, Apfel- und Birnbaum mit Vortheil verwendet werden.

Auf diese Weise wird man gemütliche Zimmer erhalten, die auch entsprechend billig sind, und sollten noch mehr Mittel zur Verfügung stehen, so können die Wände mit Sprüchen und Namen und passenden Ornamenten bemalt, die Füllungen mit Reliefschnitzereien oder Emaillebildern versehen, oder auch die Friese und Kehlstöße können mittelst der Brandtechnik oder der Guillochenmaschine verziert werden, das Zimmer schmückt man noch mit einigen Reh- und Hirschgeweihen, Vortbretter werden über den Thüren oder an den Wänden angebracht um auf dieselben zinnerne und steinerne Krüge, Kannen, Teller und Schüsseln aufstellen zu können, mit einigen gedrehten, gut profilirten Konsolen für Blumenvasen, Kleider- und Huthaltern und blanken Beleuchtungsgeräthen vervollständigt man die Ausstattung, während die Fenster und Glasthüren mit gemalten Glasscheiben oder durch Diephanievorsetzern von St. Antoni in Trier versehen werden, um einestheils den Raum kunstgerecht und geschmackvoll abzuschließen, andererseits freundlicher zu gestalten wie auch das Hineinsehen von außen zu verhüten.

Das an ein solch' nett eingerichtetes Zimmer verwendete Kapital wird sich durch öfteren Besuch und das längere Verweilen der Gäste, die sich in einem freundlichen Raume in Verbindung mit guter Bedienung wohl und heimisch fühlen werden, doppelt und dreifach verzinsen, das dürfte wohl selbstredend sein, aber es wird auch dem Tischler, dem Drechsler, Holzbildhauer, Tapezierer, wie nicht minder auch dem Dekorationsmaler für gute und geschmackvolle Arbeit nicht an Anerkennung fehlen und demzufolge auch weitere Bestellungen eingehen, ja man kann sogar die Behauptung aufstellen, daß, wenn dergleichen Räumlichkeiten solid und geschmackvoll eingerichtet werden, dieselben nicht nur dem Wirth Nutzen und den Gästen Freude bereiten werden, sondern unter Umständen dem gesammten Gewerbe, und wohl zumeist dem Tischler, Drechsler und Holzbildhauer, von großem Vortheil sein und dasselbe günstig beeinflussen können. F. B.

*) Zu empfehlen sind die Musterhefte der „Volkskunst" (Hamburg bei Briese, à Heft 70 ₰) und die Zeichner derselben, Schwinnraßheim und Rittenhoff in Hamburg.

Sozialpolitische Rundschau.

„Nun, dann hungern sie eben!" In einer der letzten Sitzungen der Spandauer Stadtverordneten stand ein von den zehn Arbeitervertretern eingebrachter Antrag folgenden Inhalts zur Berathung: Bei Ausführung resp. Vergebung städtischer Arbeiten ist den Unternehmern die Verpflichtung aufzuerlegen, den Hülfsarbeitern den ortsüblichen Tagelohn von M. 2,50 und den Handwerkern oder gelernten Arbeitern den zu ermittelnden Durchschnittssatz als Lohnminimum auszuzahlen.

Dieser an sich bescheidene und doch gewiß nicht nach dem vermaledeiten „Zukunftsstaat" riechende Antrag rief bei den bürgerlichen Stadtvätern eine Aufregung und Entrüstung hervor, wie sie seit Langem in der Spandauer Stadtverordnetensitzung nicht erlebt worden ist. Alles, was an philisterhaften Argumenten hervorgesucht werden konnte, wurde herbeigeschafft, um die Arbeitervertreter mit ihrem umstürzlerischen Antrag geistig zu vernichten. Einer besonders hervorragenden Leuchte des Spandauer Freisinns war es nach eigenem naiven Geständniß anfänglich garnicht möglich, Sinn und Zweck des Antrages zu begreifen. Eigentlich, so meinte dieser scharfsinnige Kopf, müßten die „Arbeitgeber" weit eher gegen unverschämte Lohnforderungen geschützt werden. Wenn es mit rechten Dingen zuginge, so führte der Herr Freisinnsmann weiter aus, so sollten die Arbeiter dann auch gezwungen werden, stets für den gleichen Lohnsatz zu arbeiten! Dem Stadtverordneten und Tischlermeister Fischer aber war es vorbehalten, dieser ganzen Weisheit die Krone aufzusetzen. „Nun, dann hungern sie eben," meinte der Herr gelassen, als der Referent die Nothwendigkeit einer Minimalgrenze mit dem Hinweis darauf motivirte, daß zum Theil Löhne von 18 und 20 ₰ pro Stunde gezahlt würden, Löhne, bei denen der Arbeiter, trotzdem er beschäftigt sei, thatsächlich mit seiner Familie verhungern muß!

Natürlich fiel der sozialdemokratische Antrag durch. Das gleiche Schicksal traf denn auch einen anderen von den Arbeitervertretern gestellten Antrag, die Wahl einer gemischten Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit und des Nothstandes am Orte betreffend.

Ist es bei solcher Art Fürsorge für die Hungernden ein Wunder, daß der Sozialdemokratie auch in Spandau immer neue begeisterte Anhängerschaaren zuströmen?

Wie nützlich die Wahl von Sozialdemokraten ist, haben kürzlich die Arbeiter Stettins erfahren. Seit einigen Jahren besteht die Hälfte des Vorstandes der dortigen Maler-Ortskrankenkasse, nämlich die Vertretung der Arbeiter, aus Angehörigen unserer Partei. Diese kamen bald in Differenzen mit dem Kassirer, dem Maurermeister Ponick, der gewöhnt war, Alles nach seinem Gutdünken zu machen. Die Differenzen spitzten sich so zu, daß schließlich eine Generalversammlung der Kasse einen anderen Kassirer einsetzte, obwohl die Innung den letzten Mann aufgeboten hatte, um ihrem Vorstandsmitgliede Ponick den Posten zu erhalten. Der neue Kassirer war noch nicht lange im Amte, als sich herausstellte, daß Ponick Unterschlagungen begangen hatte. Er hatte in den Krankenkassenbüchern die Beiträge richtig quittirt, sie aber nicht zur Kasse abgeliefert und natürlich nicht in's Kassabuch eingetragen. Bei den Revisionen waren die Unterschlagungen schwer zu entdecken gewesen, da bei Malermeistern die Zahl der beschäftigten Arbeiter immer Schwankungen unterworfen ist. Festgestellt ist bis jetzt, daß Ponick allein im letzten Jahre M. 231 unterschlagen hat. Die insgesammt unterschlagene Summe ist aber weit höher, man schätzt sie auf etwa M. 700. Leider ist Ponick Zeit geblieben, Geschäft und Wirthschaft zu verkaufen und zu flüchten, obwohl die Unterschleife dem Magistrat und der Staatsanwaltschaft angezeigt worden waren. Die Innung, schreibt der Stettiner „Volksbote", dem wir die Nachricht entnehmen, hat sich mit ihrem Schützling kolossal blamirt, und wäre nicht ein neuer Kassirer gewählt worden, so wäre heute die Sache noch nicht an's Tageslicht gekommen. — Also Arbeiter, wählt überall nur Sozialdemokraten!

Die sozialdemokratische Presse Deutschlands. Nach einer Zusammenstellung des „Vorwärts" verfügt gegenwärtig in Deutschland die Partei über folgende Organe: 2 Zentralorgane, 1 Revue, 36 täglich, 19 dreimal, 6 zweimal in der Woche, 10 wöchentlich erscheinende Blätter, 2 Witzblätter und ein illustrirtes Unterhaltungsblatt. Von der Gewerkschaftspresse erscheinen 1 Blatt dreimal in der Woche, 28 wöchentlich, 2 monatlich dreimal, 18 alle 14 Tage, 6 monatlich.

Unterm neuen Kurs fanden im Monat Juni nicht weniger als 61 Prozesse gegen 89 Genossen und Genossinnen statt, darunter 42 Redakteure unserer Parteiblätter. Zu den Genannten kommt noch hinzu die erste Serie der wegen der Dresdener Maispaziergänge Angeklagten, 50 Genossen, wovon 4 je 2 Monate Gefängniß erhielten, 42 je M. 100 und eine Genossin M. 50 Geldbuße zu erlegen haben, und weiter der Prozeß gegen 41 Verbreiter der „Sächs. Arbeiterztg." wegen groben Unfugs (Urtheil 40 je M. 40 Geldstrafe, der 41. M. 15), so daß die Gesammtzahl der Prozesse 63, die Zahl der angeklagten Personen 177 beträgt, von denen nur 14 freigesprochen wurden. Insgesammt wurde im Monat Juni erkannt auf 6 Jahre 3 Monate 1 Woche Gefängniß und M. 12 660 Geldstrafe.

Die Sehnsucht der Innungsmeister nach willfährigsten Arbeitern zu stillen und damit einem der vielen Leiden der schwindsüchtigen Meisterherrlichkeit mit teutscher Gründlichkeit abzuhelfen, hat sich in der Metropole der Intelligenz, spät zwar, aber doch, eine Koalition von Menschenfreunden gefunden, die, wie alle echten Philantropen, noch dazu ihr Licht unter den Scheffel stellen. Wir sind aber der Meinung, daß dem Verdienst seine Krone stets in der Oeffentlichkeit gebührt, und so theilen wir — hoffentlich zur Freude der ebenso bescheidenen wie ingeniösen Sozialpolitiker — den Text des Zirkulars mit, woraus uns ihre Thätigkeit bekannt wurde. Das Schriftstück lautet:

Euer Wohlgeboren

theilt der unterzeichnete Vorstand ergebenst mit, daß der Verein ehemaliger Gardefüsiliere einen Arbeitsnachweis für die im Herbst zur Entlassung kommenden Reservisten seines Regiments eingerichtet und wendet sich derselbe mit der ganz ergebenen Bitte an Euer Wohlgeboren, dieses Unternehmen daher freundlichst dadurch unterstützen zu wollen, daß Sie uns die bei Ihren werthen Mitgliedern offenen Stellen mittheilen.

Von der Ansicht ausgehend, daß es nicht allein im Interesse der entlassenen Reservisten, sondern auch in dem der Innungsbestrebungen im Allgemeinen liegen wird, wenn die aus guter Zucht kommenden jungen Männer den Innungsmeistern zugeführt werden, damit sie sich nicht sofort wieder den Großbetrieben zuwenden und dort der Partei der Zuchtlosigkeit in die Hände fallen und deren Umsturzbestrebungen unterstützen helfen, hegen wir die Hoffnung, daß Sie die in Anspruch genommene freundliche Unterstützung einer Einrichtung nicht versagen werden, durch die wir hoffen, eine gute kameradschaftliche Idee in die That umzusetzen.

Je länger die jungen Reservisten der Sozialdemokratie fern bleiben, desto länger ist Aussicht vorhanden, ihnen den gesunden deutschen Sinn zu erhalten und ihr Standesbewußtsein nicht nur zu heben, sondern auch zu erhalten.

Indem wir noch bemerken, daß wir diejenigen unserer jungen Kameraden empfehlen werden, die sich einer guten Führung befleißigt haben, und daß unsere Vermittelung eine nach beiden Seiten hin unentgeltliche sein wird, zeichnen wir mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung

Der Vorstand
des Vereins ehemaliger Garde-Füsiliere.

Rob. Wiske, Architekt, Vorsitzender, Michaelkirchstraße Nr. 13.
Herm. Seizel, Malermeister, Schriftführer, Metzgerstraße Nr. 36.
Ad. Herzfeld, Kaufmann, Schatzmeister, Poststraße Nr. 5.

Die Vortheile der Verwendung von militärisch dressirten Arbeitskräften werden hoffentlich selbst dem blödesten der Innungsmeisteraugen einleuchtend sein. Immerhin scheint uns der Arbeitsnachweis der ehemaligen Gardisten noch verbesserungsbedürftig. Wäre es nicht rathsam, den Innungsmeistern die Gefügigkeit der vom Verein besorgten Arbeitskräfte durch eine Bestimmung zu garantiren, wonach Jeder, der muckst, drei Tage Mittelarrest aufgebrannt bekommt? Als Arrestlokal könnten vielleicht die Keller der boykottirten Brauereien verwendet werden, deren Biergeister sich mangels nützlicherer Beschäftigung den weltschmerzlichsten Trübungen hingeben.

„Die Kirche hat einen guten Magen". Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung der Schenkungen und Zuwendungen an die Kirche, soweit sie das Ressort des preußischen Kultusministeriums betreffen. Es wurden im Jahre 1893 an evangelische Kirchen- und Pfarrgemeinden M. 1 556 520, an evangelisch-kirchliche Anstalten, Stiftungen, Gesellschaften und Vereine M. 743 785, an evangelisch-kirchliche Gemeinschaften außerhalb der Landeskirche und dazu gehörige Anstalten M. 49 313, an Bisthümer und die zu denselben gehörenden Institute M. 653 537, an katholisch-kirchliche Anstalten, Stiftungen usw. M. 1 851 189, an Universitäten und die zu denselben gehörigen Institute nur M. 99 400, an höhere Lehranstalten und die mit denselben verbundenen Stiftungen 2c. M. 221 229, an Volksschulgemeinden, Elementarschulen bezw. die den letzteren gleichstehenden Institute die geradezu lächerliche Kleinigkeit von M. 17 704, an Taubstummen- und Blindenanstalt M. 228 150, an Waisenhäuser und andere Wohlthätigkeitsanstalten M. 410 900, an Kunst- und wissenschaftliche Institute, Anstalten 2c. M. 129 828, an Heilanstalten M. 57 600 Zuwendungen gemacht. Die Kirche hat einen guten Magen, wie man sieht. Die evangelische und die katholische Kirche halten sich so ziemlich die Wage, indem jede knapp 2½ Millionen binnen einem Jahre geschluckt hat. Von den weltlichen Anstalten haben nur die Taubstummen- und Blindenanstalten, Waisenhäuser 2c. größere Summen aufzuweisen. Das ist auch ein Zeichen der Zeit, und wie wir hinzufügen wollen, kein erfreuliches.

Polizeilich aufgelöst wurde in Hamburg der Freidenker-Jugendbund. Wenn man sonst von Auflösungen von Vereinen hört, denkt man unwillkürlich an Sachsen; aber an dem vorliegenden Fall sieht man, daß auch der § 1 des Vereins- und Versammlungsgesetzes der Freien und Hansestadt Hamburg dazu angethan ist, mißliebigen Vereinen das Lebenslicht auszublasen.

Die Turnabtheilung des sozialdemokratischen Volksbildungsvereins in Wurzen (Sachsen), die als selbstständiger Verein auftrat und sich als solcher auch an dem im Mai d. J. in Ernstthal abgehaltenen Kreisturnfest der sozialdemokratischen „freien Turnerschaft" betheiligt hat, ist wegen dieser Betheiligung auf Grund von §§ 24 und 25 des Vereinsgesetzes polizeilich aufgelöst worden.

Die Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft zahlte nach ihrem Rechenschaftsbericht, den die „Baugewerks-Zeitung" abdruckt, im Jahre 1893 für Renten, Unfälle usw. M. 27 245,72 und für Verwaltungskosten etwas weniger, nämlich M. 26 932,82. — Wem ist wohl durch die Unfallversicherung am meisten geholfen, Denen, die Unfallrente beziehen, oder Denen, die von den Verwaltungskosten leben?

Die Innungs-Herbergen gehören meist immer zu der Sorte Herbergen, die in der Handwerksburschenwelt mit dem Namen „Pennen" bezeichnet werden. In welchem Maße diese Pennen ihre Bezeichnung verdienen, zeigt die Sanitätskommission der Berliner Arbeiter in ihrem jüngsten Bericht über die Schmiede-Innungs-Herberge zu Berlin. Die Schlafräume befinden sich zwei Treppen im Dachraume, der aus zwei Theilen besteht. Der eine ist 6 Meter lang, 6,50 Meter breit und 2,30 Meter hoch, in diesem Raume stehen **16** Bettstellen, davon 6 einzeln und 10 zu je zweien übereinander. Der zweite Raum ist 9,56 Meter lang, 6,50 Meter breit und 2,30 Meter hoch, davon geht ein Verschlag ab von 3,50 Meter Länge und 2 Meter Breite, in dem übrig bleibenden Raum schlafen **18** Personen, 10 einzeln, 8 zu je Zweien übereinander. In jedem Raume sind je zwei Fenster. Waschgelegenheit für diese 34 Personen ist auf dem Treppenflur, bestehend in einem Becken mit darüber befindlichem Wasserhahn. Auf dem Hofe befinden sich ein sehr unsauberes Pissoir und zwei Klosets, von denen das eine stets verschlossen ist, das andere total verunreinigt, zumeist verstopft, Spülung mangelhaft.

An der Erbauung eines allgemeinen Versammlungshauses, die von der Bürgerschaft Elberfelds geplant wird, wird sich der dortige Sozialdemokratische Volksverein mit M. 2000 betheiligen. Die Stadtvertretung hat beschlossen, das Unternehmen mit M. 400 000 zu unterstützen.

Die Thätigkeit des Dresdener Gewerbegerichts im Jahre 1893 beweist wiederum, wie sehr nothwendig diese Einrichtung war, die es gestattet, daß Arbeiter über Arbeiterangelegenheiten selbst abzuurtheilen haben. Die Gesammtzahl der im Jahre 1893 anhängig gemachten Klagen betrug 1833 gegen 1884 im Vorjahre; zu den 1833 Klagen kommen noch 56, die vom Vorjahre zur Erledigung zu bringen waren. Von den 1833 Klagen waren 1699 von Arbeitern gegen Unternehmer, 104 von Unternehmern gegen Arbeiter, 4 von Arbeitern gegen Arbeiter, 22 von Lehrlingen gegen Lehrherren und schließlich 4 von Lehrherren gegen Lehrlinge gerichtet.

Es folgt nun in dem Berichte eine ausführliche Statistik der bei den Klagen betheiligten Berufszweige. Am stärksten sind hierbei die Fuhrleute, das in Schankwirthschaften, Pensions und Cafés beschäftigte Personal, Handarbeiter, Markthelfer und Tischler vertreten. — Die Klagen auf Zahlung von Lohn, Lohnentschädigung, Kost- und Wohnungsentschädigung 2c. bezogen sich auf Beträge bis zu M. 20 in 771 Fällen, bis zu M. 50 in 697 Fällen, bis zu M. 100 in 137 Fällen, bis zu M. 200 in 33 Fällen, bis zu M. 300 in 7 Fällen, und über M. 300 in 7 Fällen.

Die Ausgaben des Gewerbegerichts beliefen sich auf M. 8003,80, worunter an Beisitzergebühren M. 990.

Wer wird begnadigt? Vor Kurzem wurde in Plauen i. V. ein Kolonialwaarenhändler, Schaub mit Namen, welcher wegen Verkaufs total verdorbener Schellfische zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt worden war, vom König begnadigt. Jetzt ist ein ähnlicher Fall zu verzeichnen. Herr Bernhard Sommer, in Firma Sommer & Haase, war wegen Betrugs zu drei Wochen Gefängniß und einer Geldstrafe verurtheilt worden, weil er Sticker dadurch betrogen hat, daß er auf die Muster weniger Stiche schrieb, als dieselben enthielten, „um die Löhne nicht zu sehr drücken zu müssen." Jetzt ist der Mann ebenfalls durch die Gnade des Königs vor dem Gefängniß bewahrt worden!

Wie sich das Kapital vermehrt. In Mainz wurde jüngst die Hofapotheke für den enormen Preis von M. 225 000 verkauft. Diese Summe rückt erst in's rechte Licht, wenn man erwägt, daß diese Apotheke von dem jetzigen Verkäufer um M. 95 000 erworben worden war.

Ein echtes Unternehmerstückchen wird aus dem Städtchen Hartha berichtet. Am 1. Juli trat die Bestimmung in Kraft, wonach auch die Hausarbeiter in den Webereien zur Alters- und Invalidenkasse versicherungspflichtig sind. Die Stadtverordneten beschlossen deshalb, und zwar einstimmig, diese Arbeiter auch zur Krankenkasse heranzuziehen. Nun sollte man meinen, die vielgepriesene Arbeiterfreundlichkeit der Herren Patrioten ginge so weit, daß die paar Pfennige, die der Fabrikant zu den Krankenkassenbeiträgen geben muß, auch noch aufzubringen gewesen wären. Aber weit gefehlt. Als neulich die Arbeiter der Firma Richard Möbius ablieferten, bekamen sie anstatt frischer Arbeit einen gedruckten rothen Zettel folgenden Wortlautes: „Ich muß meine hiesigen Arbeiter ersuchen, ihre Kette bis zum 1. Juli d. J. abzuarbeiten, da am 2. Juli laut Beschluß der Stadtverordneten sämmtliche Weber von Hartha in die hiesige Krankenkasse pflichtig sind. Ich versage hierzu meine Zustimmung, weil dadurch die Beitragspflicht zur Alters- und Invalidenversicherung in einer anderen Weise geregelt werden soll, als es in allen anderen Webereibezirken Deutschlands beschlossen worden ist." Sie sollten also nicht weiter beschäftigt werden! Und was thaten die Herren Stadtverordneten von Hartha? Sie hoben „vorläufig" ihren Beschluß wieder auf. Hartha liegt in demselben Sachsen, wo der Boykott als grober Unfug bestraft wird, wenn ihn Arbeiter anwenden. Hier handelt es sich aber um einen Boykott, den das Unternehmerthum gegen Arbeiter ausübt, um die Absicht des lokalen Gesetzgebers zu vereiteln. Selbstverständlich ist der Boykott nicht strafbar.

Auch eine Wohnung. In Zoppot kam es in einer Schöffengerichtssitzung zu einer interessanten Rechtsfrage; es handelte sich nämlich darum, festzustellen, ob ein Mann obdachlos sei oder nicht, welcher in einem unbenutzten Ziehbrunnen wohnte. Da er sich denselben durch eine Bretterunterlage und ein darüber genagelites Dach so wohnlich eingerichtet hatte, daß er sogar darin kochte, so wurde von Seiten des Richters angenommen, daß der Brunnen immerhin als Wohnung anzusehen sei.

Einen werthvollen Beitrag zur Frage des Achtstundentages bringt der österreichische Gewerbeinspektor in Pilsen in seinem kürzlich erschienenen amtlichen Bericht über das Jahr 1893. Er schreibt: „Eine wichtige Neuerung wurde in letzter Zeit von der Graf Erwein von Nostitzschen Eisenwerks-Direktion zu Rothau durchgeführt. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1892 wurde in dem der obigen Direktion unterstehenden Feinblechwalzwerk in Schindelwald eine achtstündige Arbeitszeit derart eingeführt, daß die Schicht I um 4 Uhr früh die Arbeit antritt und bis 12 Uhr arbeitet, um diese Zeit von der Schicht II abgelöst wird und um 8 Uhr Abends die Schicht III antritt, deren Arbeitszeit bis 4 Uhr früh andauert. Jede Schicht hat innerhalb ihrer achtstündigen Arbeit nach Verlauf der ersten vier Stunden eine angemessene Ruhepause, um eine Stärkung zu sich nehmen zu können, während das Mittags- und Abendessen von jeder der drei Schichten vor oder nach der achtstündigen Arbeitszeit eingenommen wird. Dadurch wird für die Arbeiter der Vortheil gewonnen, daß sie die Mahlzeiten in ihren Wohnungen frisch und warm im Kreise der Familie in aller Ruhe genießen können und das Tragen der Kost in die Werkstätten und das Wärmen derselben usw. erspart wird. Außer dem großen Vortheile für den Arbeiter, daß er auf 8 Arbeitsstunden volle 16 Stunden für Erholung und Schlaf besitzt, gelangt er auch erst in der dritten Woche zur Nachtarbeit und hat sonach durch 14 Tage immer eine größere Anzahl Tagesstunden zur Verfügung bezw. Erholung. Durch diese vortheilhafteren Lebensverhältnisse wird, nach Versicherung des dieses Unternehmen leitenden und human gesinnten Direktors Herrn Heidler, der Arbeiter entschieden kräftiger und leistet in den 8 Arbeitsstunden bedeutend mehr als während der früher bestandenen zwölfstündigen Arbeitsdauer. Die hier gemachten Wahrnehmungen waren Veranlassung, daß die gedachte Eisenwerks-Direktion in der zweiten Hälfte des Betriebsjahres auch bei dem in Rothau befindlichen Puddelwerke unter denselben Modalitäten wie in Schindelwald die achtstündige Arbeitszeit eingeführt hat."

Ausbeuterschamlosigkeit. Der vielfache Millionär Graf Larisch, Besitzer der Gruben von Karwin, in denen kürzlich in Folge geradezu verbrecherischer Vernachlässigung der einfachsten Schutzeinrichtungen so viele Arbeiter für den Profit ihrer „gnädigen Arbeitsherren" den Tod erleiden mußten, läßt es geschehen, daß die Zeitungen — auch reichsdeutsche — Inserate bringen zwecks Spendung milder Gaben für die Hinterbliebenen der Opfer jener Katastrophe! Jeder anständige Mensch würde sich schämen, in einem solchen Falle andere Leute für sich zahlen zu lassen; wenn man aber der vielfache Millionär ist, durch dessen Schuld hunderte Frauen Wittwen, tausend Kinder Waisen geworden sind, und dann Andere für sich sammeln läßt, so muß man vergeblich nach einem Ausdruck suchen, der diese Ausbeuterschamlosigkeit richtig charakterisirt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Bis zum 15. Juli ist erst ein kleiner Theil Abrechnungen eingelaufen, wir machen deshalb auf die Bestimmung des Verhaltungsreglements aufmerksam, wonach Orte, welche die Abrechnung bis zum 15. Juli nicht eingesandt haben, weder Material noch Zuschuß erhalten und für alle die Zahlstellen, von welchen die Abrechnung am 25. Juli nicht in unseren Händen ist, die Zeitung gesperrt wird.

Es liegt somit im eigenen Interesse der Mitglieder, sich von der rechtzeitigen Absendung der Abrechnung zu überzeugen.

C. Kloß, erster Vorsitzender.

Bekanntmachungen des Hauptkassirers.

Ueberschüsse für das dritte Quartal sandten ein vom 1. bis 14. Juli: Mannheim M. 800, Höchst a. M. 425, Hamburg IV 400, Mainz 300, Bergedorf 300, Bonames 300, Witten 200, Hennef 200, Lindenau 200, Mombach 200, Oldesloe 150, Lindenthal 150, Erlangen 150, Mülheim a. Ruhr 140, Niederramstadt 134,07, Lichtenberg 200, Neu-Ruppin 100, Seeheim 100, Pankow 100, Wiesbaden 100, Itzehoe 100, Sillenbuch 100, Haibach 100, Zeitz 200, Hitdorf 100, Prien 126,45, Oranienburg 100, Pinneberg 90, Elgersburg 81,20, Trotha 80, Emmerich 80, Dellbrück 74, Reinikendorf 100, Krossdorf 60, Wunstorf 60, Bunzlau 50, Reichenbach 50, Pieschen 50, Stendal 40. Summa M. 5290,72.

In voriger Quittung ist übersehen für Leipzig II M. 100 als eingesandt zu quittiren.

Zuschüsse erhielten für das dritte Quartal vom 1. bis 14. Juli: Berlin H M. 400, Meißen 300, Schmölln 100, Köppern 100, Knielingen 100, Verden 150, Ebingen 150, Potsdam 100, Roda 60, Geisenheim 50, Roßen 50, Backnang 50, Tübingen 50, Kelsterbach 50, Malsch 50, Burgstädt 44. Summa M. 1804.

Krankenunterstützung wurde von der Hauptkasse an die Einzelmitglieder gezahlt vom 1. bis 14. Juli: M. 1401,44.

Die Ortskassirer werden dringend ersucht, die rückständigen Gelder für empfangene Jahresabrechnungen und insbesondere für die Generalversammlungs-Protokolle umgehend einzusenden.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Blankenese. Am 8. Juli fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher 26 Personen anwesend waren. Die Tagesordnung lautete: „Zweck und Nutzen des Holzarbeiter-Verbandes eventuell Gründung einer Zahlstelle." Als Referent war Kollege Lesche aus Altona erschienen, welcher sich seiner Aufgabe in klarer und verständlicher Weise entledigte. Auf Antrag eines Kollegen wurde beschlossen, eine Zahlstelle für Blankenese und Umgegend zu gründen, und erklärten 18 Kollegen sofort ihren Beitritt. Nach der Wahl eines provisorischen Vorstandes befürworteten noch einige Kollegen die Nothwendigkeit einer Zahlstelle am hiesigen Orte.

Doberan i. M. Am 1. Juli wurde hier eine Vertrauensmännerzahlstelle gegründet. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß man hier den Indifferentismus etwas lichtet. Die Kollegen stehen sich, wenn sie keiner Organisation angehören, immer etwas fremd gegenüber und in einer kleinen Stadt ist es doch am ersten zu bewerkstelligen, daß sich ein Jeder der Organisation anschließt, weil die Kollegen des Abends zusammenkommen und sich gegenseitig unterhalten, wobei man leicht den Außenstehenden heranziehen kann. Es hat hier auch keine große Mühe gekostet, das muß man den Kollegen zur Ehre nachsagen, die Kollegen zu bewegen, der Organisation beizutreten. Zu wünschen wäre nur, daß hier in Mecklenburg von mehreren Städten dieses Beispiel befolgt würde. In verschiedenen Orten wie Malchin, Teterow, Grevesmühlen, Bützow, Ludwigslust usw. werden stets so viel Holzarbeiter beschäftigt, daß eine Zahlstelle ganz gut bestehen kann. Die Abeitszeit dauert noch elf Stunden und der Lohn schwankt zwischen M. 5 und 8, woraus ein Jeder ersehen kann, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch viel zu wünschen übrig lassen, es ist deshalb auch an der Zeit, daß die Holzarbeiter zur Erkenntniß ihrer eigenen Lage kommen. Auch müssen die Arbeiter bedenken, daß in Mecklenburg wegen dem bestehenden Vereinsgesetz nur innerhalb der wirthschaftlichen Organisationen etwas zur Aufklärung gethan werden kann. Wenn nur nicht die verdammte Gleichgültigkeit unter den Arbeitern vorhanden wäre, so lange sie sich in Aufregung befinden, haben sie gutes Versprechen, doch ist der erste Rausch vorüber, so verfallen sie in die alte Lethargie zurück. Möge die Zahlstelle Doberan eine rühmliche Ausnahme davon machen, wir wollen das Beste hoffen. Der Boden ist fruchtbar, viel fruchtbarer als sich Mancher vielleicht denkt. Darum auf zum Kampfe, zur Erringung besserer Existenzbedingungen für die gesammte Arbeiterschaft. Auch ersuchen wir die Herren Referenten, welche geneigt sind, falls ihre Tour sie in die Nähe Doberans führt, eine Versammlung hier abzuhalten und wegen der Anmeldung usw. sich an Kollegen H. Eckwerth, per Adr. Herrn Olday zu wenden. Nöthig thut es hier wirklich, denn es ist bis jetzt weiter keine Organisation am Orte, als die der Holzarbeiter und Zimmerer. Die Maurer könnten ebenfalls eine Zahlstelle gründen. Aber leider fehlt es hier an der Einberufung von öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen, damit die Arbeiter von Zeit zu Zeit aufgeweckt und zum Nachdenken gezwungen werden. Thue also ein Jeder seine Pflicht, und die indifferente Masse wird schließlich besiegt sein. Darum Glück auf zum Kampfe gegen den Unverstand der Massen.

Nordenham. Am Sonntag, den 1. Juli, tagte hier eine allgemeine Handwerkerversammlung, in welcher Genosse O. Kahl-Bremen über „Das Untergehen des Handwerks und seine Rettung" referirte. In seinem fast zweistündigen Vortrag führte Redner aus: Die heutige mißliche Lage des Handwerks sei auf die Entwickelung der Großbetriebe zurückzuführen. Viele Handwerker würden gezwungen, weil dieselben mit dem Großbetriebe nicht konkurriren können, in den Fabriken sich Arbeit zu suchen. Die Entwickelung der Technik und des Maschinenwesens komme nur den Großkapitalisten zu Gute. In vielen Industriezweigen sei bereits der Handwerker durch die Großbetriebe verdrängt und andere werden folgen. Mancher kleine Handwerker glaube nun, daß durch die Einführung des Befähigungsnachweises und Beseitigung der Gewerbefreiheit dem Handwerk wieder aufzuhelfen sei. Dieses sei aber nicht der Fall. Wolle der Handwerker seine Lage verbessern, so müsse derselbe den Arbeiterorganisationen beitreten und gemeinsam mit den Arbeitern das Kapital bekämpfen. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen. Genosse Tapferwein aus Bremerhaven fordert noch die anwesenden Sattler, Schneider und Schuhmacher auf, entweder gemeinschaftlich einen Verein zu gründen oder sich dem Fachverein in Bremerhaven anzuschließen. Wegen der geringen Anzahl der hier beschäftigten Arbeiter der drei Gewerke wurde beschlossen, sich dem Fachverein in Bremen anzuschließen und Genosse Fritz Deeger zum Vertrauensmann gewählt. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Rixdorf. Am 2. Juli tagte hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in welcher Genosse Stabernak-Berlin einen sehr interessanten und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Ursache der heutigen Arbeitslosigkeit und deren Folgen" hielt. Bevor der Referent das Wort erhielt, stellte der Geschäftsleiter der Laborenz'schen Fabrik einen Antrag, vom Vortrag Abstand zu nehmen und gleich zum zweiten Punkt überzugehen, was aber abgelehnt wurde. Jedenfalls fürchtete dieser Herr, daß seinen Untergebenen, welche zu dieser Versammlung eingeladen waren, um die herrschenden Mißstände in der Fabrik zu besprechen, die Anhörung des Vortrages in ihrer Gesundheit schaden könnte, oder daß dieselben einer Belehrung nicht bedürften. Nach dem Vortrag brachte Kollege Jonas die Mißstände in der Laborenz'schen Fabrik zur Sprache, speziell den Fall des Poliermeisters Vogt, welcher sich erdreistet hat, von einem angefangenen Arbeiter, dem er das Polieren lehren sollte, M. 15 als Gratifikation abzunehmen. Als der Betreffende 8 Tage gearbeitet hatte, verlangte er noch weitere M. 15 für seinen nächsten Meister. Diese Frechheit ging dem Arbeiter aber doch über die Gemüthlichkeit. Er hörte auf zu arbeiten und verlangte die M. 15 zurück, die er bereits gezahlt hatte, wurde aber barsch abgewiesen und mußte trotz seiner Drohungen ohne Geld abziehen. Auf der Straße theilte der Arbeiter das Verhalten dieses Meisters seinen Freunden und Kollegen mit, wodurch Herr Laborenz den Sachverhalt zu hören bekam, was denselben auf's Höchste empörte und die Sache untersuchen ließ, wo noch hinzukam, daß die Prozente aus dem Verkauf von Biermarken auch noch in die Tasche dieses Meisters flossen, welche einen guten Gewinn jede Woche abwarfen. Das Ende der Untersuchung war, daß der Poliermeister Vogt, trotzdem er schon 12 Jahre in der Fabrik war, entlassen wurde. Durch die gerechte Handlungsweise verdiente Herr Laborenz die allseitige Anerkennung, die ihm auch durch die Versammlung gezollt wurde. Nun ergriff der Geschäftsführer Herr Fromm das Wort. Auf den Fall des Poliermeisters eingehend, meinte derselbe, der Fall wäre genau so untersucht worden, wenn der betreffende Arbeiter gleich nach dem Kontor gekommen wäre. Das Erlernen des Polierens geschehe auf Kosten der Fabrik und der Meister habe nichts extra zu verlangen. Es brauchten solche Vorkommnisse nicht erst durch den Holzarbeiterverband, dem dieses übergeben worden sei, in die Oeffentlichkeit gezogen zu werden. Er nehme an, daß die Arbeiter in der Fabrik mit ihrer Lage zufrieden sind, da keine Beschwerden einlaufen; sollten aber welche einlaufen, so besitzt Herr Laborenz so viel Humanität, diese in Erwägung zu ziehen und wenn es möglich ist, eine Lohnzulage zu bewilligen. Als über die vielen Unglücksfälle gesprochen wurde, meinte Herr Fromm, die Maschinenmeister seien streng darauf angewiesen, die Arbeiter nicht ohne Schutzvorrichtungen arbeiten zu lassen. Die meisten Unglücksfälle kommen des Vormittags vor, wo doch noch von keiner Abspannung der Kräfte die Rede sein kann. Auch arbeiten sämmtliche Maschinenarbeiter in Lohn und nicht in Akkord. In den meisten Fällen sind die Arbeiter selbst schuld, weil sie sich durch ihre Dreistigkeit die meisten Unglücksfälle zuziehen. Auch glaube er, daß viele von Denen, die hier einen großen Mund haben, nicht einmal wissen, ob die Kreissäge links oder rechts geht, was von der Versammlung mit einem Gelächter beantwortet wurde. Ueber die Lohnverhältnisse habe er keine Vollmacht, in der Versammlung Auk-

kunft zu geben. Auch das Organisiren seiner Leute halte er für überflüssig, da dieselben sich über Nichts zu beschweren hätten. In der Fabrik würde nicht der niedrigste, sondern der ortsübliche Lohn bezahlt. Das Geschäft sei klein angefangen und wo es sich jetzt ausgedehnt habe, müßten sie mit anderen Geschäften Schritt halten. Herrn Laborenz als einen Ausbeuter hinzustellen, halte er für frivol gehandelt. Die nachfolgenden Redner blieben die Antwort hierauf nicht schuldig. Genosse Stabernak führte aus, daß die Fabrik nicht nur durch die Herren Laborenz und Fromm groß geworden sei, sondern daß die Arbeiter auch mit dazu beigetragen hätten. Auch behauptete er, daß die Versammelten es ebensogut wissen, wie eine Kreissäge geht, wie der Herr Geschäftsführer; denn unter den Arbeitern giebt es nicht so viele Dumme, als unter den Unternehmern. Die Kapitalisten hätten nur das Geld, und das genügte zu ihrem Fortkommen. Zu der Frage, warum denn nur immer die Laborenz'sche Fabrik vorgenommen werde, wurde vom Kollegen Jonas dahin geantwortet, daß die anderen Fabriken sowie die Kleinmeister auch noch dran kommen würden. Von den anwesenden Arbeitern aus der Fabrik hatte keiner den Muth, sich über die dortigen Verhältnisse zu äußern. Dieselben wurden aufgefordert, sich dem Holzarbeiterverband, Zahlstelle Rixdorf, anzuschließen und 2—3 Mann als Vertrauensmänner zu wählen, welche die Beschwerden in den Vorstandssitzungen vorzubereiten haben. Die Sitzungen finden jeden Donnerstag nach dem Ersten des Monats bei Herrn M. Hoffmann, Prinz Handjery- und Lessingstraßen-Ecke, statt. Die Mitgliederversammlungen werden im „Vorwärts" und durch Plakate bekannt gemacht.

Finsterwalde. Im vorigen Monat fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Eckert-Brandenburg über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation" referirte. Der Referent wies an verschiedenen Beispielen nach, wie nothwendig die Organisation ist, um der Kapitalmacht, dem Ausbeuterthum einen Damm entgegensetzen zu können. Durch die Frauenarbeit wird die männliche Arbeitskraft immer mehr verdrängt, und es kommt vielfach vor, daß die Frau in die Fabrik geht und der Mann die häuslichen Arbeiten verrichtet. Durch die kapitalistische Produktionsweise werden jeden Tag mehr Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen, wovon sich der größte Theil nur mit Betteln durchschlagen kann. Zum Schluß forderte der Referent alle Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen, worauf folgende Resolution angenommen wurde: „Die heute, am 13. Juni, tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Anwesenden bedauern, daß der Indifferentismus unter den hiesigen Holzarbeitern noch so groß ist und verpflichten sich, eifrig in der Agitation fortzufahren, bis der letzte Holzarbeiter zum Verbande herangezogen ist." Die Verhältnisse sind hier am Orte, mit einem Wort gesagt, schlecht. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden und der durchschnittliche Verdienst M. 12 pro Woche. Wie wenig die Arbeiterschaft hier am Orte sich um ihre eigenen Verhältnisse kümmert, konnten wir am 9. Juli sehen, wo vier Ersatzwahlen (2 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer) zum Gewerbegericht stattfanden. Von den 9000 Einwohnern übten nur zu. 90 Personen ihr Wahlrecht aus, trotzdem erhielten alle vier Kandidaten, welche von unserer Partei aufgestellt, 5/6 der abgegebenen Stimmen und hatten glänzend gesiegt. Zum Schluß rufen wir nochmals allen fernstehenden Kollegen zu, denkt über Eure Lage nach und schließt Euch dem Holzarbeiterverband an, dann wird es uns auch möglich sein, hier bessere Zustände zu schaffen.

Bensheim. Am Sonntag, den 8. Juli, fand in dem eine Viertelstunde von hier entfernten Orte Auerbach eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Frank-Mannheim über „Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter, Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation" referirte. Redner schilderte in eingehender Weise, wie die Lage der Arbeiter infolge der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise sich immer ungünstiger gestaltet. Lange Arbeitszeit und möglichst niedrige Löhne bezahlen, ist die Parole der Arbeitgeber. Diese Ausbeuter fragen nicht darnach, ob bei dem geringen Einkommen die Arbeiter zu Grunde gehen, oder ob durch die lange Arbeitszeit die Reservearmee noch vergrößert wird. Auch die Kleinmeister gehen ihrem Untergange entgegen, indem dieselben nicht mehr im Stande sind, die Konkurrenz mit dem Großbetriebe auszuhalten. Redner führte des Weiteren aus, daß der Arbeiter von keiner Seite eine Verbesserung seiner Lage zu erwarten habe, sondern nur auf sich selbst angewiesen sei, weshalb es nothwendig wäre, daß sich Jeder der Organisation anschließe. Kollegen! Bedenkt, wie nothwendig eine Verbesserung unserer Lage ist. Schließt Euch Alle dem Verbande an, dann wird es uns auch möglich sein, eine bessere Existenz für uns und unsere Familie zu erringen.

Freiburg i. Schl. Wie durch frühere Berichte den Kollegen noch erinnerlich sein wird, haben die Wirthe uns ihre Säle zu Versammlungen stets verweigert, wodurch es uns unmöglich gemacht wurde, regelmäßige Versammlungen abzuhalten; selbst in der nahe gelegenen Ortschaft Zobten, wo uns das Lokal „Zur Burgschänke" über ein halbes Jahr zur Verfügung stand, wurde uns sowie den anderen Arbeiterorganisationen bis auf Weiteres das Lokal von Seiten der Wirthin verweigert, und in war es uns seit dem 8. April nicht möglich, Versammlungen abzuhalten. Endlich war es uns wieder gelungen, das Lokal „Stadt Breslau" in Freiburg zu bekommen, wo denn auch am vergangenen Sonnabend die erste Mitgliederversammlung stattfand. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag über: „Was lehren uns die Streiks?" 2. Aufnahme. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt hatte der Generalmächtige Herr. Hellrich aus Nürnberg übernommen. Redner ging zunächst auf die Entstehung von Streiks ein, wobei er besonders die schmutzige Handlungsweise der Unternehmer und die von denselben angewandten Mittel, unterstützt durch die Behörden, einer scharfen Kritik unterzog. Trotz aller dieser Machinationen von Seiten der Unternehmer und Behörden ist es aber doch noch möglich, einen Streik zu gewinnen, wenn alle Arbeiter im Kampfe fest zusammenhalten und sich keiner zum Streikbrecher hergebe, welches Redner durch den Verlauf von mehreren Streiks nachwies. Mit einer eindringlichen Aufforderung an die Anwesenden, immer mehr für die Ausbreitung der Organisationen, insbesondere des Holzarbeiter-Verbandes, zu sorgen, schloß der Vortragende seinen von den Anwesenden mit Interesse gefolgtem Vortrag, dem vielen Beifall wurde uns von dem Wirth eine kleine Uebernachtung zu Theil, indem derselbe erklärte, zu einer weiteren Versammlung gebe er sein Lokal nicht her, sondern es sollten auch bei unserem Wirthen nur Versammlungen abgehalten werden. Nunmehr hat an Vorteigenosse eine Wohnung gemietet und zu einem Versammlungslokal eingerichtet, wo am Sonnabend, den 21. Juli, unsere erste Versammlung stattfindet. Kollegen! Werft Eure Gleichgültigkeit ab und tretet ein für Eure eigenen Interessen, rafft Euch auf und tretet ein für die Verbesserung Eurer Klassenlage; dieses seid Ihr Euch selbst und Eurer Familie schuldig. Der Einzelne ist ohnmächtig, etwas zu erringen, nur durch den Zusammenschluß aller Kollegen ist es möglich, unsere wirthschaftliche Lage zu verbessern. Darum, Kollegen, schließt Euch Alle dem Holzarbeiter-Verband an und kämpft Schulter an Schulter für unsere gerechte Sache, dann wird es auch möglich sein, alle feindlichen Elemente zu besiegen.

Gleiwitz (O.-Schl.). Seit langer Zeit fand hier wieder einmal eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Bergmann-Breslau referirte in treffender Weise über: „Die wirthschaftliche Lage und der Werth der Gewerkschaftsorganisation." Die Versammlung war leider nur schwach besucht, hatte jedoch den Erfolg, daß eine Kommission von 5 Mann gewählt wurde, welche die nöthigen Schritte zur Gründung einer Zahlstelle veranlassen soll. Es besteht hier seit Jahresfrist ein Tischlerverein „Eintracht", welcher nur ein Vergnügungsverein ist. Diesen mitsammt seinen Mitgliedern in eine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes umzuwandeln, ist Aufgabe der Kommission. Ein Theil der Mitglieder war anwesend und vollständig mit den Ausführungen des Kollegen Bergmann einverstanden. Zum Schluß wurde noch das Vorgehen einzelner Meister scharf kritisirt, welche bei Akkordarbeiten, woran die Gesellen etwas verdient haben, einfach sagen: „Ich habe mir die Sache überlegt, ich bezahle die Arbeit im Lohn". Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Beuthen (O.-Schl.) Als der äußerste Vorposten Ober-Schlesiens müssen wir auch wieder einmal ein Lebenszeichen von uns geben. Wie schwer es überhaupt hier ist, die Organisation hoch zu halten, sollen die Kollegen aus den wenigen Zeilen ersehen. Seit Monaten haben wir kein festes Vereinslokal; behält uns wirklich ein Wirth einige Wochen, so wird uns bald darauf die Antwort: „Bedaure sehr, aber ich kann Sie nicht behalten, die Polizei sieht es nicht gerne, ich habe Unannehmlichkeiten usw." Zu einer öffentlichen Versammlung konnten wir bis jetzt überhaupt kein Lokal erhalten. Am Sonnabend, den 7. d. Mts. feierten wir unser fünftes Stiftungsfest, wozu Kollege Bergmann aus Breslau erschienen war, welcher den hiesigen Verhältnissen angepaßt, eine wohldurchdachte Festrede hielt. Obgleich uns Allen so recht aus der Seele gesprochen wurde, so war doch der überwachende Polizeikommissar anderer Meinung und drohte, die Versammlung aufzulösen, wenn der Redner sich nicht genau an die Punkte halte, welche bei der Polizei angemeldet seien. Kollege Bergmann verwies den Polizeikommissar auf das Vereinsgesetz, auch wisse er sehr genau, in welchen Grenzen er sich zu bewegen habe, worauf der Redner, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, ruhig weiter sprach. Zum Schluß forderte der Referent die Kollegen zum festen, treuen Zusammenhalten auf und schloß seine Festrede mit einem Hoch auf den Verband.

Berichtigung.

Neumünster. In Nummer 22 befindet sich ein Bericht von hier, in welchem behauptet wird, daß die Lohnbewegung der Bautischler an dem Verhalten der Lohnkommission der Zimmerer gescheitert sei, weil letztere sich nicht mit den Bautischlern solidarisch erklärt habe. Von dem Vorsitzenden des Lokalverbandes deutscher Zimmerer geht uns nun eine längere Berichtigung zu, in welcher derselbe behauptet, daß die Lohnforderung der Tischler in der betreffenden Versammlung abgelehnt wurde, wofür man aber nicht die Organisation der Zimmerer verantwortlich machen könne. In der Versammlung wurde deutlich darauf hingewiesen, daß die Tischler, welche bei den Zimmermeistern arbeiten, noch nicht im Geringsten bewiesen hätten, daß sie dasjenige akzeptirt hätten, was von den Zimmerern laut Vereinbarung der Lohntabelle Beschluß war. Auch die Zustände wurden beleuchtet, wie seitens der Tischler gegen uns vorgegangen wurde. So wurde unter Anderem konstatirt, daß die Zimmerleute im Winter hinter'm Ofen sitzen und die Tischler Abends bei Licht arbeiten usw. Früher kannte man am hiesigen Ort nur wenige Bautischler bei den Zimmermeistern, heute ist es anders. Die Maschinen und die Tischler selber durch ihr Vorgehen, haben es dahin gebracht, daß überhaupt der Zimmerer hier wenig, auf einigen Plätzen gar keine Tischlerarbeit mehr macht, während vor zehn Jahren dies größtentheils die Zimmerleute besorgten. Und wie steht es denn in diesem Augenblick mit der Akkordarbeit? Sollen vielleicht die Zimmerer dafür eintreten, daß diejenige Arbeit abgeschafft wird, die von den Tischlern selbst für gerechtfertigt gehalten wird? Hier heißt es: zuerst mal selbst Hand an's Werk legen. Die Unterstützung der Zimmerer steht ihnen zur Seite, weil es in deren Interesse selber liegt. Als dieser Antrag abgelehnt, traten die Tischler an uns mit dem Wunsche heran, daß die Lohnkommission dafür Sorge tragen möchte, daß eine Lohnkommission ihrerseits bei den Arbeitgebern Gehör fände. Dieses ist von der Lohnkommission der Zimmerer geschehen, die letztere ertheilte Antwort ist folgende: Die Lohnkommission der Meister erklärt, daß die Sache mit den Tischlern geregelt würde und sie sich jetzt nicht dazu erklären könnte, mit den Tischlern zu unterhandeln, weil hier verschiedene Umstände vorliegen, welche mit in Betracht gezogen werden müßten. Ein diesbezügliches Schreiben ist ja auch an die Tischler gelangt. Wenn die Sache nicht zum Austrag gelangt ist, so ist dies nicht die Schuld der Lohnkommission der Zimmerer. Pflicht war es, daß von seiten der Tischler hierzu sofort Stellung genommen worden wäre, ob dies geschehen, davon habe ich allerdings keine Kenntniß bekommen. Unbedingt wird die nächste Mitgliederversammlung hierzu Stellung nehmen, und da es uns laut Vereinsgesetz unmöglich ist, zusammen die Sache zu regeln, wird die Angelegenheit dem Gewerkschaftskartell unterbreitet werden.

Verband deutscher Korbmacher.

Kollegen!

Seit längerer Zeit steht in unseren Versammlungen die Frage betreffs Anschluß an den Holzarbeiterverband wieder zur Diskussion. Auf der letzten Generalversammlung wurde bekanntlich beschlossen, zu dieser Frage eine abwartende Stellung bis zur nächsten Generalversammlung zu bewahren; allein die Dresdener Kollegen ignorirten diesen Beschluß und forderten schon im September v. J. die Einberufung einer Extra-Generalversammlung, indem sie die „Unzulänglichkeit" unseres Verbandes für das Scheitern des damaligen Streiks verantwortlich zu machen suchten. Eine darauf vorgenommene Urabstimmung ergab jedoch nicht die genügende Unterstützung und die Generalversammlung unterblieb. Jetzt fühlen auch die Geesthachter Kollegen das Bedürfniß, von Neuem mit dieser Frage den Verband zu beschäftigen.

Kollegen! Als eine Verdrehung der Thatsachen müssen wir es wenigstens bezeichnen, wenn zur Begründung auf die abnehmende Mitgliederzahl hingewiesen wird. Nein, gerade derartige Bestrebungen, wie von den Geesthachter Kollegen ausgehende, sind geeignet, neben der gegenwärtigen wirthschaftlichen Misère erschlaffend und entmuthigend auf unsere Organisation zu wirken.

Unsere Stellung zum Holzarbeiterverband des Näheren klar zu legen, glauben wir nicht mehr nöthig zu haben, indem wir bei Gelegenheit der vorigen Urabstimmung dieselbe eingehend kundgegeben haben. (Siehe Holzarbeiterzeitung Nr. 17 vorigen Jahres.) Auch heute müssen wir auf diesem Standpunkte, den beispielsweise die Hamburger, Berliner und Liegnitzer Kollegen theilen, beharren; denn die Kosten, die zur Generalversammlung erforderlich sind, würden, zur Agitation verwandt, bessere Erfolge erzielen. Sollte auf dem nächsten ordentlichen Verbandstage der Anschluß beschlossen werden, so treten wir mit unserer Berufsorganisation über und sind nicht durch solche fortwährenden Nörgeleien zu einem Häuflein aufgerieben. In neuerer Zeit haben wir bestimmte Fälle zu verzeichnen, wo neu organisirte Zahlstellen anfangs Bedenken trugen, anläßlich der Agitation für den Industrieverband sich uns anzuschließen, da sie nicht im Stande wären, noch höhere Beiträge zu zahlen. Wenn nun selbst die Dresdener Kollegen beschlossen haben, eventuell selbstständig dem Holzarbeiterverband beizutreten, so sind wir überzeugt, daß gerade sie nicht Das finden werden, was sie suchen. Bei einem Streik werden sie die Erfahrung machen, daß sich der Vorstand da nicht vorschreiben läßt, „wir gebrauchen die Woche so und so viel Geld, um den Streikenden M. 12—15 zahlen zu können. Denn wir müssen ihnen etwas bieten, da sie Alle noch kein taktfesten Mitglieder sind." Derselben Inkonsequenz machen sich auch die Bremer Kollegen schuldig; in einer und derselben Versammlung wird der Beschluß gefaßt, eine Extra-Generalversammlung zu beantragen, aber gleichzeitig für die Streikenden, entgegen unserem Streikreglement, eigenmächtig die Höhe der Unterstützung normirt, ganz zu schweigen von dem anmaßenden Verlangen, bei der vorzunehmenden Urabstimmung die Bestimmungen des Statuts außer Acht zu lassen; wenn der Vorstand nur für genügende Gelder sorgt, dann geht ihm alles Andere nichts an. Auch die Geesthachter Kollegen verstehen nicht immer objektiv zu handeln; zur letzten Generalversammlung hatten sie vergessen, ihren Delegirten zu beauftragen, für den Anschluß an den Holzarbeiterverband zu stimmen; bei der Urabstimmung im November v. J. sandten sie das Resultat vier Wochen nach dem Schlußtermin ein und wurden infolgedessen nicht mit berücksichtigt; um nun das Versäumte nachzuholen, läßt man die Angelegenheit von Neuem in den Zahlstellen Revue passiren.

Um nochmals auf die Bemerkung über den Rückgang unseres Verbandes zurückzukommen, müssen wir doch bemerken, daß in den letzten Jahren fast alle Gewerkschaftsorganisationen diesen Weg gegangen sind; aber auch gerade deshalb haben wir heute nicht so sehr auf die Form, als vielmehr auf die bestehende Organisation unsere Hauptthätigkeit zu entfalten, um nicht durch allerlei Nörgeleien den Kollegen das letzte Bischen Muth zu rauben.

Um nun aber den Kollegen Rechnung zu tragen, werden wir in der nächsten Zeit nochmals eine Urabstimmung ausschreiben, um die Meinung aller Kollegen zu dieser Frage zu hören. Dieser Beschluß wird dann, wie er auch ausfallen möge, für uns maßgebend sein; aber auch allen Kollegen möchten wir hiermit dringend an's Herz legen, unter allen Umständen sich diesem Beschluß im Interesse unserer Organisation zu unterwerfen, auch die, denen er nicht zur Zufriedenheit ausfallen sollte; denn auf solchem Boden kann keine Vereinigung gedeihen, sie muß dem Siechthum verfallen.

Wir werden, sobald uns die diesbezügliche Antwort vom Ausschuß zugegangen ist, in einer der nächsten Nummern dieser Zeitung eine dementsprechende Bekanntmachung erlassen.

Der Vorstand.

Eingesandt.

Heilbronn, im Juli 1894.

Die freien Hülfskassen, speziell die Zentral-Krankenkasse der Tischler usw., welche bekanntlich von zielbewußten Arbeitern in's Leben gerufen wurde, bevor seitens der Regierungen an eine ähnliche Fürsorge der Arbeiter gedacht wurde, hatten nicht nur in früheren Jahren ihres Bestehens erfreuliche finanzielle Verhältnisse aufzuweisen, sondern sie trugen auch viel dazu bei, das Selbstbewußtsein unter den Arbeitern zu wecken, sowie das Solidaritätsgefühl unter den Berufsgenossen zu stärken. Nicht zu verleugnen ist, daß aus den Mitgliedern obiger Kasse sich ein großer Theil Genossen rekrutirt, welcher es sich zur Aufgabe macht, die Fach- oder sonstigen Kampfvereine in's Leben zu rufen, und somit sind in gewissem Sinne die freien Hülfskassen Mitbegründer resp. Förderer der modernen Arbeiterbewegung. Ganz anders steht die Sachlage heute durch den Druck der reaktionären Gesetzgebung, wodurch einerseits den freien Hülfskassen die Existenz immer schwieriger gemacht ist, während andererseits durch die Ausbeutung der Arbeitskräfte und die damit in Verbindung stehenden Proletarierkrankheiten es dahin gekommen ist, daß zielbewußte Arbeiter die Auflösung obiger Kassen gefordert haben. Leider aber bis jetzt noch vergebens! Ein Jeder, welcher in der letzten Zeit die Generalversammlungen verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß bei Vielen das persönliche Interesse gegen die Auflösung hervortrat. Die Antwort war denn auch in den letzten Jahren stets „Massenaustritt der Arbeiter" aus den, nur dem Namen nach freien Hülfskassen und Eintritt in die Ortskrankenkassen, wodurch in den letzteren auch schon viel Gutes geleistet wurde.

Wie weit aber in den freien Hülfskassen, speziell in der Tischlerkasse, der freie Geist durch obige Verhältnisse gesunken ist, beweist am besten ein Fall, welcher sich in der am 30. Juni hier stattgefundenen Hauptversammlung der hiesigen Zahlstelle obiger Kasse abspielte. Dieselbe beschloß nämlich mit Stimmengleichheit, dem Gesuch der hiesigen Gewerkschaften, die Kasse möge ihr Einzahlungslokal in das von den Gewerkschaften errichtete „Gasthaus zur Rose" verlegen, nicht Folge zu geben,

trotzdem die Bedürfnißfrage nach einem geeigneten Lokal für obige Kasse schon seit Jahren vorlag. Man sieht also in ziemlich klarer Weise, daß die heutigen Besitzer des von früheren Mitgliedern mit aufgebrachten Kapitals gegen die fortschreitende Arbeiterbewegung Front machen, resp. den gerechten Bestrebungen der zielbewußten Arbeiter nicht stützend zur Seite stehen. Aber die Kasse muß aufrecht erhalten bleiben, bis der letzte Pfennig verpulvert ist. **H. Santhoff.**

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Bei Max Bading (Buchdruckerei des „Vorwärts") in Berlin ist seit dem 1. Juli d. J. die Arbeitszeit wieder reduzirt worden, so daß jetzt die wirkliche Arbeitszeit acht Stunden beträgt. Den Berechnern wurde die entsprechende Erhöhung der Grundpositionen zugebilligt. Von demselben Prinzipal ist eine Arbeitsruhe im Sommer von einer Woche bei Gewährung eines Wochenlohnes dem gesammten Personal in sichere Aussicht gestellt.

Der Verband deutscher Buchdrucker hat die durch den 1891/92er Streik erlittene Niederlage jetzt wieder vollständig überwunden. Der Verband zählt jetzt mehr Mitglieder als vor dem Kampf. Im vergangenen Jahre (1893) traten 3128 Mitglieder ein und in vielen Orten besitzt heute der Verband mehr Mitglieder als je zuvor. Die Gesammtzahl der Vereinsmitglieder beträgt annähernd 19 000 in mehr als 700 Druckorten. Der Rechenschaftsbericht verzeichnet an Reiseunterstützung M. 100 711, Arbeitslosenunterstützung M. 92 906, sonstige Unterstützung M. 10 960, für Kranke M. 245 732, Begräbnißgeld M. 12 900, Invalidenunterstützung M. 122 169, Der Vermögensstand des Verbandes beziffert sich zur Zeit ohne Orts- und Gaukassen auf M. 400 000. Diese Unterstützungen sind selbstredend die Ursache der so schnellen Ausbreitung der Organisation. Ob diese Thatsache Denen bald die Augen öffnen wird, die in den Gewerkschaften „prinzipiell" gegen Unterstützungskassen sind?

Die Gerresheimer Glashütte hat folgenden Ukas in ihrem Betriebe angeschlagen:

„Es ist uns nicht unbekannt geblieben, und die letzten Vorgänge haben uns in dieser Auffassung bestärkt, daß in unserem Werke noch viele unzufriedene Arbeiter vorhanden sind. Wir fordern auf Grund dieser Thatsache hiermit alle Diejenigen, welche mit unserem Geschäftsbetriebe nicht zufrieden sind, auf, sich am Sonnabend zwischen 4 und 5 Uhr auf unserem Komptoir zu melden und ihre Kündigung einzureichen.

Die traurige Geschäftslage verbietet uns, solchen Elementen weiter Beschäftigung zu gewähren und sind wir entschlossen, fernerhin nur mit Leuten zu arbeiten, die die Interessen der Fabrik zu ihren eigenen machen.

Gerresheim, 6. Juli 1894.

Gerresheimer Aktien-Gesellschaft.
Heye."

Da kein Arbeiter so naiv gewesen sein wird, bei dieser traurigen Geschäftslage sich selbst zu denunziren, so hat Herr Heye eine glänzende Gelegenheit gefunden, den Beweis zu liefern, daß in dem Etablissement Jedermann sich höchst zufrieden fühlt.

Vom Burger Schuhmacherstreik. Mit welchen Mitteln die Herren Fabrikanten in Burg gegen ihre streikenden Arbeiter kämpfen, darüber giebt ein Schreiben, welches auf dem kürzlich stattgehabten Verbandstage der Schuh- und Schäftefabrikanten zur Verlesung kam, näheren Aufschluß. Es war der Verbandsvorsitzende, Herr Dornbors, welcher am Erscheinen verhindert war, der an den Verbandstag folgendes Schreiben richtete:

„Pöpelwitz-Breslau, 16. Juni 1894.

Dem Verband mache ich folgende Mittheilung: Vor einigen Wochen empfing ich ein Rundschreiben der Schuhfabriken in Burg, worin ich unter Darstellung des Sachverhalts ersucht wurde, keinen der in Burg streikenden Schuhmacher, keine Stepperin 2c. zu engagiren, eine Liste der Streikenden lag dem Rundschreiben bei.

Obwohl die betreffenden Firmen dem Verbande nicht angehören, habe ich selbstverständlich die sich Meldenden zurückgewiesen, sobald deren Namen auf der Burger Liste sich befanden.

Die Firma Konrad Tack & Co. in Burg scheint es aber speziell darauf abgesehen zu haben, sich die fehlenden Arbeitskräfte aus meinem Arbeiterbestande zu ergänzen.

Tack & Co. annonciren ständig in den hiesigen Blättern, und an Sonntagen ist — wie mir berichtet wird — Tack selbst hier und nimmt in einem Hotel die Meldungen auf seine Inserate entgegen.

Ich bitte, den Vorfall zur Besprechung zu bringen und beantrage zu beschließen: „Der Verein erklärt sich in solchen Fällen nur mit den Firmen solidarisch, welche dem Verband als Mitglieder angehören.""

Hier ist unzweideutig die schwarze Liste, der Boykott gegen die Arbeiter, zugegeben. Der Boykott in seiner krassesten Form. Was will dagegen ein Schuh- und Bierboykott besagen, bei welchem die Kapitalisten zwar große Nachtheile erleiden können, aber noch lange nicht wie die boykotteten Arbeiter dem Hunger, Elend und der Verzweiflung in die Arme getrieben werden. Und in diesem Boykott liegt System — denn der Verband erklärt sich in solchen Fällen solidarisch.

Die Lehrlinge haben gesiegt. In der Woche vor dem 1. Juli stellten die Lehrlinge der sogenannten Hofbuchdruckerei von Göbels Söhne in Bukarest die Arbeit ein, weil sie 14 Stunden täglich arbeiten mußten, während die Gehülfen nur 9½ Stunden täglich arbeiten. Die Besitzer der Druckerei, welche den feigsten Ausbeuter noch um ein ganzes Stück überflügeln, sind auf eine eigenartige Methode der Ausbeutung gekommen; anstatt erwachsene Arbeiter zu engagiren, die ein Gehalt von 100—120 Frcs. monatlich beanspruchen, füllten sie ihre Ateliers mit Lehrlingen, die für einen elenden Lohn von 30—40 Frcs. 14 Stunden täglich arbeiten mußten, um, wie sich die Herren Besitzer ausdrücken, so viel wie ein Arbeiter zu leisten. Natürlich waren auch zwei „Beamte" angestellt, deren Rolle das Antreiben war. Diese Antreiber mißhandelten die armen Lehrlinge in brutalster Weise, sobald sie nicht, trotz aller Mühe, die ihnen zugewiesene Arbeit fertig stellten. Doch Alles hat ein Ende und so auch die Leiden der Lehrlinge; sie erklärten den Streik. Obgleich die Polizei — wie üblich — auf Seiten der Kapitalisten stand, siegten die Lehrlinge nach vier Tagen. Jetzt arbeiten sie nur 11 Stunden.

Gerichts-Chronik.

Ein Urtheil des Kammergerichts in Berlin in Betreff der Erhebungen von Eintrittsgeldern und Tellersammlungen in öffentlichen Volksversammlungen ist von so großer Tragweite, daß wir den Inhalt dieser Entscheidung wörtlich mittheilen. Derselbe lautet: „In der Strafsache gegen den Lederzurichter Joseph Pützfeld zu Dortmund wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des königlichen Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 25. Juni 1890 hat auf die von der königlichen Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der Strafkammer II des königlichen Landgerichts zu Dortmund vom 23. Februar 1891 eingelegte Revision der Strafsenat des königlichen Kammergerichts zu Berlin in der Sitzung vom 14. Mai 1891 . . . für Recht erkannt, daß die Revision der königlichen Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der II. Strafkammer des königlichen Landgerichts zu Dortmund vom 23. Februar 1891 zurückzuweisen und die Kosten des Rechtsmittels der Staatskasse aufzuerlegen sind. Von Rechts wegen. Gründe: Die Revision der königlichen Staatsanwaltschaft, welche Verletzung der Polizeiverordnung des königlichen Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 25. Juni 1890 durch Nichtanwendung rügt, kann für begründet nicht erachtet werden. Denn der Berufungsrichter hat der gedachten Polizeiverordnung, welche die Erhebung oder Einsammlung von Eintrittsgeldern oder Geldbeiträgen ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde in allen den Vorschriften des § 1 bezw. § 3 der Verordnung über die Verhütung eines Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850 unterliegenden Versammlungen bei Strafe verbietet, ohne ersichtlichen Rechtsirrthum, die gesetzliche Gültigkeit abgesprochen. Aus dem Vereinsgesetze vom 11. März 1850 und aus § 6 S. d. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung kann die Befugniß zum Erlaß einer solchen Polizeiverordnung nicht hergeleitet werden. Auch auf den § 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung läßt sich dieselbe nicht stützen, weil in keiner Weise erkennbar gemacht ist, daß die besonderen Verhältnisse des Regierungsbezirks Arnsberg eine polizeiliche Regelung des Gegenstandes der fraglichen Polizeiverordnung erfordern. Die durch den § 11 der Regierungs-Instruktion vom 23. Oktober 1817 den Bezirksregierungen beigelegte Befugniß aber, allgemeine Verbote und Strafbestimmungen in Ermangelung eines bereits bestehenden gesetzlichen Verbots mit höherer Genehmigung zu erlassen, ist durch den § 14 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung aufgehoben. Unter dem Gesichtspunkt der Ausschreibung öffentlicher Kollekten aufgefaßt — eine Auffassung, welche jedoch erheblichen Bedenken unterliegt —, würden endlich die verbotenen Geldsammlungen nicht von der Genehmigung der Ortspolizeibehörde, sondern nach § 11 St. 4c der Instruktion für die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen abhängig gemacht werden dürfen." — Auch der Regierungspräsident von Potsdam hatte am 7. Juni 1891 dieselbe Verordnung in Bezug auf die Erhebung von Eintrittsgeldern und Tellersammlungen erlassen, wie der Regierungspräsident von Arnsberg und der Landrath Möllenhoff. Der Glasmacher Miethke wurde wegen Uebertretung der Potsdamer Regierungsverordnung unter Anklage gestellt, aber in drei Instanzen und mit der nämlichen Motivirung freigesprochen wie oben. Daß der Landrath Möllenhoff seine Verordnung durch den Kreistag genehmigen ließ, ändert an der Sache garnichts.

Technisches.

Wasserfester Leim soll durch Vermischen einer Lösung von 8 Theilen Leim mit 1 Theil Leinöl erhalten werden. Soll die Mischung flüssig bleiben, so fügt man auf 16 Gewichtstheile Leim 1 Gewichtstheil Salpetersäure zu. Der Salpetersäurezusatz verhindert auch das Sauerwerden des Leimes.

Leim vor Fäulniß zu bewahren. Der gekochte Leim geht in der heißeren Jahreszeit leicht in Fäulniß über, verbreitet einen unangenehmen Geruch und verliert einen großen Theil seiner Bindekraft. Man löse 10 Gramm Salicylsäure in 200 Gramm Wasser, setze dieses unter beständigem Umrühren dem kochenden Leim zu und die Fäulniß wird verhütet.

Blumeneisen. Früher bewunderte man die französischen Schnitzereien, insbesondere die in Paris hergestellten Blumengehänge, da es in Deutschland selbst den geschicktesten Arbeitern nicht recht gelingen wollte, Blumen in der Weise wie die französischen Kollegen herzustellen. Da brachten aus Paris Zurückkehrende, insbesondere die zahlreich ausgewiesenen Holzbildhauer, französisches und englisches Werkzeug (Eisen, Nisseln, Zirkel usw.) mit nach Deutschland und man bemerkte, daß mit demselben allerdings die Arbeiten besser und schöner ausgeführt werden konnten, als dies mit dem dicken, plumpen und schlecht schneidenden deutschen Eisen möglich war, insbesondere fehlte es noch an guten und brauchbaren aufgeworfenen Eisen, während verkehrt aufgeworfene und Blumeneisen hier noch vollständig unbekannt waren. Die letztgenannten wurden zumeist in London von einem Holzbildhauer hergestellt, der zunächst solche für sich und für seinen eigenen Gebrauch, dann aber auch dergleichen für seine mit ihm zusammen arbeitenden Kollegen anfertigte und später wurde das Verlangen nach solchen äußerst praktischen, handlichen und dabei doch billigen Blumeneisen immer größer, so daß derselbe die Schnitzbank mit dem Ambos und dem Hammer vertauschte und nur noch Eisen von allerhand Formen und Größen schuf. Diese Blumeneisen haben vorn die gewünschte Form und Breite, verjüngen sich dann nach hinten zu rasch, sind sehr schwach und vom besten Stahl gearbeitet und haben an der Angel keinen Ansatz, infolgedessen die Hefte mit Ringen versehen werden, doch können auch die letzteren an den „kleineren" Eisen weggelassen werden, geschieht dies, so muß man die Löcher in den Heften etwas weiter und nur so tief bohren, als das Eisen in das Heft hineingehen soll, dann gießt man dicke Politur in das Loch und steckt das Eisen hinein, läßt dasselbe dann eine Zeitlang liegen und macht es dann erst fertig. Diese Eisen wurden zunächst zum Schnitzen von Blumen und kleinen Rococoornamenten, Wappen usw. verwendet, und können selbstverständlich zum „Verschneiden" von allen Arten Schnitzereien benutzt werden, dies umsomehr, als an mit denselben auch die zurück- und unter sich liegenden Partien schneiden kann, ohne die oberen zu verletzen, insbesondere sind auch die aufgeworfenen und verkehrt aufgeworfenen Eisen vorzüglich und sehr empfehlenswerth. Zum Anlegen von großen Gegenständen und gewöhnlichen Arbeiten sind diese Eisen allerdings nicht zu gebrauchen, am besten, wie schon gesagt, zum Verschneiden, da aber in der vorzüglichsten und besten Weise. Da diese Eisen von London aus nicht zu beziehen waren, so verfertigte der Messerschmied Albert Jäger in Dresden, Pirnaische-straße, nach erhaltenen Proben solche vom besten Stahl in gleicher Güte, Brauchbarkeit und Billigkeit (à Stück 30, 35, 40, 50 ₰ usw.) an, und kann Schreiber dieses dieselben allen Holzschnitzern auf das Beste empfehlen, und sollten sich diese Blumeneisen auch in den Kreisen der deutschen Holzbildhauer einbürgern, so würde der Zweck dieser Zeilen erreicht sein. F. B.

Holzmosaik. Die „tapisserie mosaique de bois" ist eine neue Erfindung, die auf die Entwickelung der Innenraum-Dekoration von großem Einfluß werden kann und deren Hauptunterschied von der bisherigen Holzmosaik in dem rein Mechanischen bestehen dürfte, das bei ihrer Arbeit eintritt, sobald nur die Vorlage fertig ist. Herr Bougerel in Paris hat dieses Mittel erfunden, durch Nebeneinanderlegen kleiner gefärbter Holzstückchen die verschiedenartigsten „Gemälde" hervorzubringen, die theils teppich-, theils mosaikartig aussehen. Die Oberfläche einer solchen Holzmosaik ist so glatt, daß man sie für die feinste Tapisserie halten kann; die Zusammenstellung ist so fein, daß bei der gröberen Arbeit (point décoratif) immer noch 400 000 Stückchen auf den Geviertmeter gehen, bei den feineren (point de tapisserie) aber gar 1 000 000. Beide Arten können entweder getrennt oder im gleichem Bilde nebeneinander in Anwendung gebracht werden, indem man z. B. den Hintergrund, den Himmel, das Laubwerk und den Boden mit dem größeren, die Figuren hingegen, sowie Alles, was sonst eine feinere Ausführung erheischt, mit den kleineren Holzstückchen darstellt. Was die Farbengebung betrifft, so verfügt der Künstler über 12 000 verschiedene, katalogisch geordnete Töne, er kann also die verschiedensten Genres ausführen: Blumen, Stilleben, Landschaften und sogar Bildnisse. Die gefärbten Hölzchen werden durch ein Cohäsionsverfahren zusammengehalten, daß weder Wärme noch Kälte, noch Feuchtigkeit, noch Trockenheit hinzuzukommen vermag. Die Fläche, auf die die Mosaik gebracht wird, besteht aus vier Holztafeln, die in entgegengesetzter Richtung der Fasern aufeinander gefügt sind, um eine Zusammenziehung nach irgend einer Seite zu verhindern. Da die Hölzer ganz durchtränkt sind, kann die Mosaiktapisserie abgezogen und behobelt werden, ohne in Zeichnung und Farbe die geringste Veränderung zu erleiden. Wenn also ein solches Bild beschädigt worden ist oder die Frische der Töne verloren hat, so braucht die Oberfläche nur wieder abgehobelt zu werden, um demselben seinen ursprünglichen Farbenglanz wieder zu geben. — Ueber das Verfahren die folgenden Andeutungen: Die erste Arbeit ist die Zubereitung der Vorlage, des „Kartons". Dann schreibt Herr Bougerel sein Muster nieder, wie der Komponist seine Noten (? wird wohl wie jede andere Verzierung aufgezeichnet werden) und das Muster wird auf das Treueste immer wieder gegeben durch einen Mechanismus, der nichts von Farben und Malerei versteht. Das Holz wird mit Maschinen von außerordentlicher Genauigkeit geschnitten, auf chemischem Wege von Oelen und Harzen gereinigt und einem Drucke von mehreren Atmosphären ausgesetzt. Der „Operateur" wählt alsdann die Hölzer der gewünschten Farben und thut sie in eine Klassifizirungsmaschine, von der aus sie auf den gewünschten Platz fallen, sie überziehen sich ganz automatisch mit einer Art Kleister, die Maschine erfaßt sie, um sie zu fixiren und drückt sie gleichzeitig mit einer genügenden Kraft an, um ihnen die nöthige Festigkeit zu geben. Die Anwendungsarten der neuen Technik sind natürlich sehr mannigfaltig: Wand, Fußboden, Plafond und Möbel werden Vortheil davon haben. Man verspricht sich aber auch viel für die vervielfältigenden Künste von dieser Holzmosaik, die „unbegrenzt dauerhafte" Kopien von Meisterwerken der Malerei in Aussicht stellt. Schließlich glaubt man durch diese neue Erfindung den armen Bazillen, die noch so vergnügt in den Teppichen und Tapeten hausen, das Leben sauer zu machen. F. B.

Bunte Reihe.

Besteigung des Ulmer Münsters. Von Ulm wird uns berichtet, daß der im Jahre 1890 ausgebaute und seinerzeit durch das große Jubiläum eingeweihte 161 Meter hohe Münsterthurm, welcher nach dem Eiffelthurm das höchste Bauwerk der Erde ist (Washington Monument 159 Meter, Kölner Dom 156 Meter, Pyramiden von Gizeh 151 Meter) vom 1. Mai d. J. ab bestiegen werden kann. Bisher waren die großen Schönheiten des Thurmes wenig sichtbar, weil Helm und Achteck durch Gerüste verhüllt waren, die zur Fertigstellung innerer Bauten nöthig waren. Jetzt aber sind die Gerüste abgenommen und der ganze Thurm steht in überwältigender Pracht und Größe da. Die nunmehrige Eröffnung dieser hervorragenden Sehenswürdigkeit wird eine besondere Anziehungskraft auf die Reisenden ausüben, den Strom derselben nach Ulm lenken und zur Hereinziehung der alten Donaustadt in ihre Reisepläne veranlassen. Das Ulmer Münster kann auf bequemen Wendeltreppen in drei Abstufungen bestiegen werden; jede derselben bildet einen Ruhe- und Aussichtspunkt; die untere Partie führt auf 382 Stufen vom Fuße bis zur Viereckgalerie empor, die zweite auf 168 Stufen vom Beginn des Achtecks bis zum Helmanfang und die dritte auf 208 Stufen von hier bis zur obersten Galerie unter der Kreuzblume. Die Gesammtzahl der Stufen beträgt demnach 758; die Besteigung dauert 30 bis 40 Minuten. — Die Kranzgalerie der Pyramide, welche noch etwa 10 Personen zu fassen im Stande ist, befindet sich in der Höhe von 143 Metern, 18 Meter unter der sich verjüngenden Spitze, während die Kölner Thürme nur auf die Höhe von 93 Metern bis zum Fuß der Helme besteigbar sind und keinen freien Standpunkt gewähren. Von der Höhe des Ulmer Thurmes hat man zunächst einen höchst eigenartigen Einblick in die alte Donaustadt mit ihren engen Gäßchen, ihren gewundenen Straßen, die sänkenumstellten Höfe und Gärtchen ihrer gothischen und Renaissancehäuser, die an alte, längstvergangene Zeiten mahnen; sodann dehnt sich vor den Blicken eine weite Aussicht über das Illerthal, die Ebene von Oberschwaben und die Alpen vom Säntis bis zur Zugspitze aus, die bei klarem Himmel in ewigem Schnee erglänzen. Von der schwindelnden Höhe des obersten Kranzes bietet sich dem Beschauer ein Bild von überraschender Großartigkeit, wie es gewiß nur wenige bevorzugte Punkte bieten, so daß man unwillkürlich in das Gebiet des Erhabenen versetzt wird. Dazu kommt noch, daß man beim Besteigen des Thurmes, insbesondere des Helms, eine klare Einsicht in die architektonischen und mathematischen Verhältnisse des Baues erhält. Besonders hervorzuheben ist noch die Annehmlichkeit und Sicherheit der Wanderung. Es bestehen nämlich für den Auf- und Abstieg bis zum Achtekkranz zwei verschiedene Wendeltreppen, so daß die Auf- und Absteigenden nicht zusammentreffen, Gedränge und Unannehmlichkeiten also ausgeschlossen sind.

Der neueste Fundort für Petroleum, und zwar solches bester Qualität, ist Sumatra. Die Produktion hat dort, nach einem Berichte des Berliner Patentbureaus Gerson & Sachse, inzwischen einen ziemlich bedeutenden Umfang angenommen. Die betreffenden Bohrlöcher befinden sich in den Händen englischer und holländischer Unternehmer. Da der Transport nach der Küste ein sehr bequemer ist, so wird sich die Konkurrenz für das russische und amerikanische Petroleum bald fühlbar machen.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat", Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsspediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsspediteure pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80.

Von dem bei J. H. W. Dietz in Stuttgart gegenwärtig in Lieferungen erscheinenden **„Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch"** geht uns soeben Heft 9 und 10 zu.

Gleichzeitig erschienen Heft 9 und 10 von **„Lissagaray's Geschichte der Kommune von 1871",** illustrirte Ausgabe. Dieselben enthalten das Porträt von Millière und zwei große doppelseitige Bilder: „Aus den letzten Tagen der Kommune" (Barrikadenkampf) und „Gallifet wählt auf dem Marsche nach Versailles gefangene Föderirte zum Erschießen aus". Das ist jener Gallifet mit der zweifelhaften Vergangenheit, gegen den jüngst Paschal Grousset in der französischen Kammer seine Aufsehen erregenden Angriffe richtete. Es ist der Mühe werth, Lissagaray's sachliche Erzählung der von Gallifet verübten Scheußlichkeiten nachzulesen.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 41. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Zur Politik des Neuen Kurses. — Die französischen Sozialisten in der Kammer. Von Ch. Bonnier. — Beiträge zur Entwickelungsgeschichte der Großindustrie in Deutschland. — Die Krisis in der sozialistischen Bewegung Hollands. Von H. Polak. — Literarische Rundschau. — Notizen: Skizzen zum Hamburger Schriftstellertage. Zusammenhang zwischen den Getreidepreisen und den Brotpreisen. Die Kosten des großen Lancashire Spinner Lockouts von 1892 93. — Feuilleton: Von Unten nach Oben. Eine Novelle von Karonin. Frei nach dem Russischen. (Fortsetzung.)

Heft 9 des Volks-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Wörlein & Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Arbeiterschutzgesetzgebung in der Schweiz (Schluß), in Spanien, Ungarn, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeiterwohnungsfrage, Arbeitsamt (Arbeitersekretariat, Arbeitsbörse), Arbeitslohn (Zeitlohn, Akkordlohn, Sweating-System, ehernes Lohngesetz, partner ship, Bonus, Produktions-Tantièmen), Arbeitslosigkeit (Statistik, Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften, Recht auf Arbeit), Arbeitsnachweis (im In- und Auslande), Arbeitsordnungen, Argentinien, Armenwesen (I. Begriff und Geschichte). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Der Hochverraths-Prozeß wider Bebel, Liebknecht und Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von Liebknecht. Komplet in 20 Lieferungen à 3 Bogen. Preis pro Heft 20 ₰. Bis jetzt erschienen 1. bis 5. Lieferung.

Die Jesuitenfrage. Eine politisch-geschichtliche Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes von F. Lütgenau. Verlag von G. Slomke, Bielefeld. 84 Seiten. Preis 40 ₰.

Anarchismus und Sozialismus. Von G. Plechanow. 5 Bogen. Preis 40 ₰. Porto 5 ₰. Buchhandlung des „Vorwärts", Berlin. Diese Schrift aus der Feder des angesehenen russischen Sozialisten dürfte gerade unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen ganz besonderes Interesse beanspruchen.

Briefkasten.

* Eine ganze Anzahl Berichte aus Schmölln, Königsberg, Marne, Mannheim, Perleberg, Altenburg und Gießen gingen kurz vor Redaktionsschluß noch ein, mußten aber bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

* Kollegen, welche uns eine guterhaltene Zinkmaschine nachweisen können, werden gebeten, uns dieses mitzutheilen.

Wilster, F. Sch. „Der Proletarier aus dem Eulengebirge" wird in Langenbielau herausgegeben. Um abgekochten Leim vor dem Verschimmeln zu bewahren, müssen Sie den Leim aus dem Topf herausnehmen, in Stücke schneiden und auf einem Brett auseinander legen.

Breslau, A. B. Vereinsinserate kosten die Zeile 10 ₰.

Neustadt a. d. Orla. Das Eingesandt müssen Sie sich von der Ortsverwaltung bestätigen lassen, dann steht der Aufnahme nichts entgegen.

Gütersloh. Wir müssen Sie ersuchen, den Brief an uns einzusenden, so können wir Ihr Eingesandt nicht aufnehmen.

Friedrichshafen. Wir können die Bekanntmachung, über die zwei Werkstellen die Sperre zu verhängen, so nicht aufnehmen. Eine derartige Bekanntmachung müssen Sie von der Ortsverwaltung unterzeichnen lassen und den Ortsstempel beifügen.

Döbeln, O. Waltz. Die Adresse der Preßkommission ist: Paul Martienßen, Altona, Gustavstraße 37, Haus 2, II. Wenn Sie einen Bericht einsenden, der für die betreffende Nummer zu spät kommt, so findet derselbe in der nächsten Nummer Aufnahme. Wollen Sie dieses im letzten Augenblick inhibiren, so müssen Sie dann auch die Kosten tragen. Der Schlußsatz ist infolge des zweiten Schreibens von der Redaktion geändert worden, wodurch der Bericht, welchen Sie selbst geschrieben haben, keinen Abbruch gelitten hat. Der Redaktionsschluß ist Dienstags Mittags. Ihr Bericht traf aber erst des Nachmittags ein. Sollten Sie nach Diesem noch mal wieder das Bedürfniß haben, einen so „höflichen" Brief an uns zu schreiben, so theilen Sie uns bitte wenigstens Ihre Adresse mit, damit wir nicht nöthig haben, lange Auseinandersetzungen im Briefkasten zu machen, woran die Allgemeinheit kein Interesse hat.

Kaiserslautern. Wir müssen es ablehnen, Ihre Aufforderung zu veröffentlichen. Schicken Sie dieselbe an die Redaktion des „Sozialdemokrat", Berlin SW 19, Beuthstraße 2.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Heute, den 17. Juli, fehlen die Wahlresultate über die neugewählten Ortsbeamten noch aus einer großen Anzahl Orte. In der nächsten Nummer werden wir die Namen der säumigen Orte — welche bis 24. Juli die Wahlprotokolle nicht eingesandt haben — veröffentlichen. Am genannten Tage geben wir die Adressen der Bevollmächtigten und Kassirer zum Druck und nehmen wir an, daß diejenigen Verwaltungsstellen, welche Neuwahlen bis zum 24. Juli nicht angezeigt haben, die seitherigen Beamten weiter amtiren lassen. Ferner fehlt uns noch aus einer großen Anzahl Orte die von der Generalversammlung beschlossene Statistik über die Zahl der Mitglieder, welche doppelt und einfach versichert sind. Auch die Namen dieser säumigen Orte werden wir in nächster Nummer veröffentlichen, wenn bis dahin die Statistikzettel nicht eingesandt sind.

Der Vorstand.
J. A.: G. Blume.

Agitationskommission für Thüringen.

Bei der Kommission gingen ferner folgende Beträge ein: Koburg, 1. Quartal, 80 ₰; Roda, 1. Quartal, M. 2,60; Zeitz, 1. Quartal, M. 4,50; Eisenach, extra, M. 10,00; Arnstadt, 1. und 2. Quartal, M. 6,00; Erfurt, 2. Quartal, M. 4,50; Zeitz, 2. Quartal, M. 5,00; Erfurt, extra, M. 3,10.

Erfurt, den 16. Juli 1894.

Der Kassirer.
H. Pappe, Magdeburgerstraße 3.

Agitationskommission für Schlesien.

Da von Seiten des Hauptvorstandes die Agitation für die Provinz Schlesien der Zahlstelle Breslau übertragen worden ist, so werden die Kollegen ersucht, die Bekanntmachung zu beachten und alle die Agitation Schlesiens betreffenden Anfragen und Gesuche an die Adresse des Kollegen Bergmann, Breslau Adalbertstraße 26, II., zu richten.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

Bergedorf. Am 28. Juli. Tagesordnung: Vortrag. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg. Am Montag, d. 23. Juli, Punkt 8 Uhr, bei **H. Krause,** Bismarckstr. 74.

Eilenburg. Am Sonnabend, den 28. Juli, Abends 8½ Uhr, in Klinge's Lokal: Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung. Zahlreichen Besuch sieht entgegen
Der Einberufer.

Freiburg i. Schl. Am Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, Sandstraße (früher Tuschinsky's Restaurant).

Görlitz. Am Sonntag, den 22. Juli, in Hermsdorf, „Stadt Berlin"; am 28. Juli in „Belvedere". Tagesordnung: Abrechnung, Vortrag, Geschäftliches und Fragekasten.

Uelzen. Am Sonntag, den 5. August, Nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. Die auswärtigen Mitglieder sind hiermit eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Waldheim. Unsere Versammlungen finden regelmäßig des Sonnabends vor dem 1. und 15. jedes Monats in „Frommheims Restaurant", Riedermarkt, statt. Die Reiseunterstützung zahlt **Arthur Seist,** Bahnhofstr. 75, aus.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bremerhaven. Der Kassirer **Henning** wohnt jetzt Ludwigsstr. 7, Seitenflügel. Reiseunterstützung wird auf der Herberge ausbezahlt.

Eichwege. Der seitherige Kassirer H. Koch hat sein Amt niedergelegt und ist an dessen Stelle der Kollege **Karl Schachbart,** Schreiner, Holzmühlstag 11, gewählt worden.

Frankenberg. Den reisenden Kollegen zur Kenntniß, daß die Reiseunterstützung vom Kollegen **B. Hänisch,** Bonnesstr. 13, Montags von 12—1, Dienstags von 7—8 und Sonntags von 3—4 Uhr ausbezahlt wird.

Friedrichshafen. Arbeitsuchende **Wellh.** Schlosser, Friedrichstr. 346; Kassirer **Gl. Schneider,** Rechenmacher, Kaiserstr., und Zimmerleute-Werkl. Schriftführer **Karl Bernhard,** Friedrichstr. 346.

Heidelberg. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge nicht mehr in der „Goldenen Glocke", sondern in der Zentralherberge „Zum rothen Löwen", Hauptgasse, befindet. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Kollegen werden ersucht, nur dort zu verkehren.
Die Ortsverwaltung.

Varel. Der Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich im Gasthaus „Zum schwarzen Bären", Langestr. Die durchreisenden Kollegen werden ersucht, das Umschauen zu unterlassen.
Die Kommission.

Bekanntmachung.

Die Kollegen der **Provinz Schlesien** werden ersucht, alle die **Agitation** betreffenden Anfragen und Gesuche um Referenten usw. an die Adresse des Kollegen **A. Bergmann,** Breslau, Adalbertstr. 26, II., zu richten.
Die Ortsverwaltung.

Aufforderung.

Der Tischler **O. Lubomerski** aus Berlin, Buch-Nummer 11053, wird hierdurch aufgefordert, das aus der hiesigen Bibliothek entliehene Buch: „Die französische Revolution" umgehend an den Unterzeichneten zurückzusenden. Kollegen, welchen der Aufenthalt des L. bekannt ist, werden ersucht, uns dieses mitzutheilen.
A. Wohlleb,
Bernburg, Neuestr. 37.

Der Kollege **Max Beck** wird ersucht, seine Adresse an **Heinrich Baer** in Gröpeling, Nr. 60d, bei Bremen, einzusenden. [M. —,30]

Zur Beachtung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 24147 des Tischlers **Georg Scheel,** geb. 8. August 1874 zu Celle, ist verloren gegangen. Sollte dasselbe den Kassirern in die Hände kommen, so ersuchen wir um Rücksendung. L. Luttman, Kassirer.
Norden, Steifstraße 396.

Aufforderung.

Die Tischler **Heinrich Behnke,** geb. am 11. Septbr. 1865 zu Steinbek, Buch-Nr. 13961, und **Paul Hoff,** geb. am 13. Septbr. 1875 zu Sahrau, Buch-Nr. 37945, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Bibliothek gegenüber sofort nachzukommen. Zahlstellenverwaltungen oder Mitglieder, welche den Aufenthalt der Obenbenannten wissen, werden ersucht, uns die Adressen mitzutheilen.
Verwaltungsstelle Elberfeld.
Heinr. Bolte, Hardtstr. 28.

Der Schreiner **Georg Hemeter** wird ersucht, seine Verbindlichkeiten der hiesigen Zahlstellen gegenüber sofort zu regeln, widrigenfalls wir andere Schritte einleiten werden.
Köln. Die Ortsverwaltung.
J. A.: A. Rieger.

Nachruf!

Allen Kollegen die traurige Mittheilung, daß unser langjähriges Mitglied

Reinhard Langner

am 10. Juli nach langer, schwerer Krankheit gestorben ist. Die hiesige Zahlstelle verliert an ihm einen treuen Kollegen.

Ehre seinem Andenken.

Frankenberg. Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Korbmacher.

Nachruf!

Am 2. Juli starb unser Mitglied

Paul Schwenke

zu Kötschenbroda.

Ehre seinem Andenken.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Fürstenwalde a. d. Spree.

Am Sonnabend, den 21. ds. Mts., feiert die hiesige Zahlstelle in den Räumen der **„Schloßkellerei"** ihr

Stiftungsfest,

bestehend in **Vokal- und Instrumentalkonzert, Vorträgen und Tanz.**

Entree à Person 25 ₰. Tanz 50 ₰.

Hierzu sind die Kollegen der umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen.

Das Comité.

Ein junger unverheiratheter **Modelltischler** sucht baldigst dauernde Beschäftigung. Gefl. Off. unt. P. C. an d. Exped. d. Bl. [M. —,30]

Bau- und Möbeltischlerei

mit **4 Hobelbänken,** über 32 Jahre in flottem Betriebe, in einem Orte mit über 3000 Einwohnern, ist veränderungshalber **sofort zu verkaufen.** Offerten unt. **B. e. 41939** bef. **Rud. Mosse, Halle a. S.**

Verpachtung.

Mechanische Dampftischlerei und -Sägerei, Schrotmühle und Dampfdreschanlage unter ausserordentlich günstigen Bedingungen baldigst zu verpachten. — Da die Ernte vor der Thür, sind für energische Persönlichkeit gute Aussichten für ein vorzügliches Geschäft vorhanden. Offert. sub **J. E. 5233** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.,** erbeten.

Rothes und braunes Möbelwachs

liefert in vorzüglicher Qualität per Kilo **M. 3.** Bei Abnahme von 3 Kilo Franko-Zusendung.

Th. Rehmer,
Sulzbach bei Saarbrücken Nr. 112a.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabrizirt und hält auf Lager **H. Himstedt,** Hamburg, Niedernstraße 123. Preislisten auf Wunsch zu Diensten.

Genossen!

Kauft nur den Bleistift **Solidarität** von **Jean Blos, Stein bei Nürnberg.**

Verband der Möbelpolirer Berlins u. Umgegend.

Der Arbeitsnachweis für Stuhl- und Möbelpolirer (auch nach Auswärts) befindet sich **Berlin O., Blumenstraße 38,** beim Restaurateur Herrn **J. Wiedemann** (früher Henke). Die Arbeitsvermittelung ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Wir ersuchen alle Berufskollegen (Tischler, Drechsler, Bildhauer 2c.), bei Bedarf an Möbelpolirern ihre Arbeitgeber auf unseren Arbeitsnachweis hinzuweisen. Alle sonstigen Anfragen und Auskünfte beantworten gern kostenlos **Robert Weber,** Vorsitzender, **Berlin NO.,** Fliederstr. 6.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.